



Die KPÖ im Jahr der Befreiung

MANFRED MUGRAUER

Die Kommunistische Partei Österreichs betrat im April 1945 als einzige Kraft die politische Bühne, die nicht dazu gezwungen war, ihren Namen zu ändern. Die Partei hatte – trotz zwölf Jahren in der Illegalität – ihre Tätigkeit nie eingestellt, sondern ihren antifaschistischen Kampf im Untergrund und in den Ländern des Exils ohne Unterbrechung fortgesetzt. 1945 – das Jahr der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus – wurde zu jenem Jahr, in dem die KPÖ über den meisten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Österreichs verfügte. In der Ersten Republik stets eine kleine Partei, hatte sich die im Mai 1933 verbotene KPÖ nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 zu einer maßgebenden Kraft innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenbewegung entwickelt. In den Jahren der NS-Diktatur war sie der Hauptfaktor des antifaschistischen Widerstands. Von 1945 bis 1947 war die KPÖ Regierungspartei und in Betrieben und Gemeinden breit verankert.

Verantwortungsbewusste „Staatspartei“

Die KPÖ verstand sich im Jahr der Befreiung als demokratische Wiederaufbaupartei. Bereits im Exil hatte sie ihre Konzeptionen über ein „neues Österreich“ aus der Sicht einer künftig konstruktiv mitgestaltenden, verantwortungsbewussten „Staatspartei“ entwickelt.¹ Im April 1945 gelang es ihr auch tatsächlich, im Rahmen von Parteienverhandlungen ihre Ausrichtung auf eine breite demokratische Zusammenarbeit zu verwirklichen: Nicht zuletzt aufgrund der Schlüsselstellung der sowjetischen Befreierarmee bei der Konstituierung der Provisorischen Regierung unter Staatskanzler Karl Renner war die KPÖ an der ersten Nachkriegsregierung als gleichberechtigte Partnerin der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) beteiligt.

Mit dem Staatsamt für Inneres (Franz Honner) und jenem für „Volksauf-

klärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten“ (Ernst Fischer) wurden zwei Schlüsselressorts der Renner-Regierung von Kommunisten geleitet. Johann Koplenig, der Parteivorsitzende der KPÖ, war als Staatssekretär ohne Portefeuille Mitglied des Politischen Kabinettsrats, des obersten Organs der Regierung, und damit de facto Vizekanzler. Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 trägt auch seine Unterschrift. An allen weiteren Ressorts war die KPÖ mit einem Unterstaatssekretär bzw. im Staatsamt für Volksernährung mit Hella Postranecky als Unterstaatssekretärin – der ersten Frau in einer österreichischen Regierung – vertreten. Insgesamt stellte die KPÖ zunächst neun von 34 Regierungsmitgliedern, nach der Erweiterung der Regierung im Herbst 1945 waren es zehn von 39. Sie alle leisteten einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung, etwa in den Bereichen Schule und Bildung, Kultur, Sicherheitswesen, Ernährung, Verkehr, Justiz und Gesundheit.²

In den „provisorischen Landesausschüssen“ – den in den einzelnen Bundesländern gebildeten Landesregierungen – war die KPÖ mit Landesräten und in fünf Bundesländern auch mit stellvertretenden Landeshauptmännern vertreten, in Niederösterreich mit Otto Mödlagl bzw. ab August mit Laurenz Genner; im Burgenland, das im August neu gebildet wurde, Otto Mödlagl; in der Steiermark mit Viktor Elser; in Oberösterreich ab Oktober mit Franz Haider; und in Wien amtierte Karl Steinhardt, der erste Vorsitzende der Partei im November 1918, als Vizebürgermeister.

AktivistInnen der ersten Stunde

In vielen Orten und Bezirken waren die KommunistInnen die ersten, die Ordnung in das allgemeine Chaos brachten. Kommunistische AktivistInnen warteten nicht erst auf Weisungen zentraler Instanzen, sondern ergriffen mit dem Ende der Kampfhandlungen aus eigenem Antrieb die Initiative, um die schwierige

Lage zu meistern und das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen. Sie organisierten erste Aufräumungsarbeiten, nahmen die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser in Angriff, stellten die Verpflegung der Spitäler sicher und reaktivierten den öffentlichen Verkehr. All diese Aufgaben wurden durch den selbstlosen Einsatz und das Improvisationstalent tausender Menschen bewältigt, unter denen wiederum die KommunistInnen am zahlreichsten waren. „Sie zeigten, wie man eine Gemeinschaft leiten kann ohne Sekretärin im Vorzimmer, ohne den ganzen Klimbim des Bürokratismus, ja sogar ohne die ‚Qualifikation‘ jahrzehntelangen Hinaufdienens in einem Partei- und Beamtenapparat“, wie Anton Wörz, ein KPÖ-Aktivist der ersten Stunde in Wien-Stadlau (22. Bezirk), Jahre später festhielt: „Die Qualifikation dieser Leute bestand in ihrem Willen, zu helfen, ihrem Opferwillen und ihrem praktischen Verstand.“³

KommunistInnen waren auch führend bei der Instandsetzung von Betrieben, bei der Stabilisierung der Sicherheitsverhältnisse und bei der Wiederherstellung von zivilen Verwaltungsstrukturen usw. In den niederösterreichischen Industrieorten Neunkirchen und Ternitz ergriffen lokale KommunistInnen bereits in den ersten Apriltagen – unmittelbar nach der Befreiung durch die Rote Armee – die Initiative, um die österreichweit ersten Gemeindeverwaltungen zu etablieren.⁴ In einigen Gemeinden der Steiermark, etwa in Leoben, ging der Wiederaufbau einer zivilen Verwaltung direkt aus dem Partisanenkampf hervor.⁵

In Wien gehörten die meisten Bezirkspolizeileiter, teilweise bis ins Jahr 1955 hinein, der KPÖ an. In zahlreichen niederösterreichischen Orten stellten örtliche Kommunisten eine Hilfspolizei auf und reorganisierten die dortige Ortspolizei, etwa in Amstetten, Baden, Berndorf, Ebreichsdorf, Eggenburg, Korneuburg, Tulln und Wilhelmsburg. In vielen Fällen war es den kommunistischen AktivistInnen zu danken, dass Betriebe wieder



„Schuttaktion“ der KPÖ Favoriten am Wiener Reumannplatz

instandgesetzt wurden bzw. die Arbeit fortgesetzt werden konnte. In Wien-Stadlau konnten 24 Groß- und Kleinbetriebe, darunter etwa Waagner-Biró, Brückenbau, AEG-Union und Wolfrum, durch die Initiative von Kommunisten die Arbeit wieder aufnehmen.⁶ In Ternitz verhinderten kommunistische und sozialistische Arbeiter Ende März 1945 die geplante Zerstörung des Stahlwerks.⁷

Nicht zuletzt angesichts der lokalen Initiative kommunistischer Parteiorganisationen standen auch die provisorischen Gemeindeausschüsse, die in der sowjetischen Besatzungszone (Niederösterreich, Burgenland) auf Basis von örtlichen Parteienvereinbarungen gebildet wurden, im Zeichen der Dreiparteieneinheit. In mehr als 100 niederösterreichischen und burgenländischen Industrie- und Landgemeinden wurden Kommunisten als provisorische Bürgermeister eingesetzt, u.a. in der späteren niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten oder in Neunkirchen, Ternitz und Waidhofen an der Ybbs. In mehreren Wiener Bezirken waren Angehörige der KPÖ als so genannte „Bezirksbürgermeister“ tätig. Kommunistische Bürgermeister gab es aber auch in den von den westlichen Alliierten besetzten Bundesländern, etwa in Hallein (Salzburg). Insgesamt amtierten im Jahr 1945 in Österreich mindestens 167 kommunistische Bürgermeister.⁸

Organisatorisches Wachstum

In der Ersten Republik war die KPÖ eine kleine Partei mit überschaubaren Organisationseinheiten. Vor ihrem Verbot im Mai 1933 gehörten der KPÖ nicht mehr als 4.000 Mitglieder an. Erst nach dem Februar 1934 wurde die Partei infolge des Übertritts von mehr als 12.000 ehemaligen SozialdemokratInnen zu einer relevanten politischen Kraft. Im April 1945 trat die KPÖ mit etwa 25.000 Mitgliedern aus der Illegalität heraus. Im

Verlauf des Jahres 1945 entwickelte sie sich zu einer Massenpartei mit über 103.000 Mitgliedern, davon 63.000 in Wien. Bis 1947 stieg die Mitgliederzahl auf 155.000 an.⁹

Die KPÖ begann sich im April 1945 noch während der Kampfhandlungen als legale Partei zu formieren. Der Parteaufbau trug in den

ersten Wochen einen nur provisorischen Charakter, traten doch kommunistische Parteiorganisationen nach der Befreiung überall spontan in Aktion, ohne auf Weisungen von oben zu warten. Eine der größten Herausforderungen bestand im Jahresverlauf darin, einen einheitlichen Organisationsaufbau zu gewährleisten, der ab Mitte Juni 1945 in Angriff genommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden von der Parteiführung die ersten verbindlichen organisationspolitischen Richtlinien erarbeitet.¹⁰ Der Parteaufbau vollzog sich fortan in Sektionen, Betriebsorganisationen bzw. Ortsorganisationen, die von Bezirksleitungen angeleitet wurden.

Bis 1946 wuchs die KPÖ auf knapp 2.400 Grundorganisationen an: Die neun Landesorganisationen gliederten sich zu diesem Zeitpunkt in 112 Bezirksorganisationen, die wiederum 1.561 Ortsorganisationen und Sektionen und 806 Betriebszellen umfassten. Die 1.561 Grundeinheiten in den Wohngebieten gliederten sich in 957 Ortsorganisationen außerhalb Wiens (darunter 346 in Niederösterreich) und 604 Sektionen in insgesamt 84 Stadtorganisationen (darunter 299 in Wien).¹¹ Am schwächsten war die Verankerung der Partei in den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Gewerkschaften und Betriebe

Über die Regierung und die öffentliche Verwaltung hinaus erstreckte sich der Einfluss der Partei auf die Gewerkschaften und Betriebe sowie auf wesentliche Bereiche von Kultur und Sport. Im April 1945 wurde der ÖGB als einheitlicher Gewerkschaftsbund gegründet, der Kommunist Gottlieb Fiala, der bereits in der Ersten Republik dem Parteivorstand angehörte, wurde erster Vizepräsident. Auch in den Vorständen der 16 Einzelgewerkschaften war die Partei entsprechend repräsentiert, in fast allen waren

die stellvertretenden Vorsitzenden Kommunisten. Im ÖGB behauptete sich die KPÖ als zweitstärkste Fraktion hinter der Sozialdemokratie. Überparteiliche Jugend- und Frauenorganisationen scheiterten hingegen am Widerstand des Parteivorstands der SPÖ. Angesichts dessen entwickelten sich die *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ) oder der *Bund demokratischer Frauen* (BDF) de facto zu KPÖ-Vorfeldorganisationen.

Stark verankert war die Partei in den großen Industriebetrieben, vor allem in Wien, Niederösterreich und der Steiermark. Bei den Betriebsratswahlen konnte sie große Erfolge erzielen, beispielsweise erreichte sie im September 1945 die Mehrheit bei der Alpine Montan in Donawitz (Steiermark), dem größten Betrieb Österreichs. Im Herbst wurde in weiteren obersteirischen Großbetrieben (Seegraben, Fohnsdorf usw.), in vielen Wiener und niederösterreichischen Betrieben, sowie in den Bezirken Hallein (Salzburg) und Villach (Kärnten) kommunistische Mehrheiten errungen.¹² In der Großindustrie lag der kommunistische Stimmenanteil bis 1955 konstant bei einem Drittel, womit ihr Einfluss in der IndustriearbeiterInnenschaft und im gewerkschaftlichen Bereich weit über ihr Stimmengewicht bei allgemeinen Wahlen hinausging.

Kultur und Sport

Über die ArbeiterInnenschaft hinaus übte die Partei auch auf eine große Zahl von Intellektuellen eine Ausstrahlungskraft aus, auch auf solche, die bisher den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung ferngestanden waren. Gerade im kulturellen Bereich bot die KPÖ – im Verhältnis zu ihrer Größe – vielen bedeutenden Persönlichkeiten ein Wirkungsfeld. Am 28. Oktober 1945 fand im Wiener Musikverein die österreichische Erstaufführung der 7. Symphonie von Dmitrij Schostakowitsch – der „Leningrader“ – in einem von der Wiener Stadtleitung der KPÖ veranstalteten Konzert der Wiener Symphoniker unter Josef Krips statt.

Einen Aufschwung nahm auch die Medienpolitik der Partei. Das seit August 1945 herausgegebene Zentralorgan *Österreichische Volksstimme* erreichte eine tägliche Auflagenzahl von über 100.000 Exemplaren. Darüber hinaus erschienen in den einzelnen Bundesländern kommunistische Tageszeitungen und verschiedene weitere Presseerzeugnisse, wie etwa das Theorieorgan *Weg und Ziel* und die Kulturzeitschrift *Österreichisches Tagebuch*, die in der unmittel-

telbaren Nachkriegszeit als Hauptorgan kulturpolitischer Verständigung galt und auch bei nichtkommunistischen Intellektuellen eine große Wirkung erzielte.

Auch im Bereich des Sports orientierte die KPÖ auf eine einheitliche, überparteiliche Sportbewegung und war federführend bei der Etablierung einer *Zentralstelle für die Wiedererrichtung des österreichischen Sports (ZÖS)*. SPÖ und ÖVP folgten jedoch nicht diesem überparteilichen Kurs. Angesichts der Dominanz des von der SPÖ reaktivierten ASKÖ verlor die ZÖS an Autorität und musste noch 1945 aufgelöst werden. 1946 gehörten etwa ein Viertel der Präsidenten, die den Spartenverbänden des österreichischen Sports vorstanden, der KPÖ an, beispielsweise im Österreichischen Schwimmverband, im Radfahrerbund oder im Schachbund. Der Judoverband und der Volleyballverband wurden 1948 bzw. 1953 auf kommunistische Initiative gegründet und standen jahrelang unter kommunistischer Führung. Bei der Gründung des überparteilichen *Allgemeinen Sportverbandes Österreichs (ASVÖ)* im Juni 1949 spielte die KPÖ eine aktive Rolle.¹³

Volksdemokratische Orientierung

In politisch-programmatischer Hinsicht entwickelte die KPÖ ein Aufbauprogramm, das in Kontinuität zur Volksfrontkonzeption der 1930er Jahre auf eine „antifaschistisch-demokratische“ Ordnung abzielte. Die Partei strebte politische und sozialökonomische Veränderungen an, die im weiteren Verlauf als „volksdemokratische Orientierung“ zusammengefasst wurden. Ausgehend vom Etappenziel einer „neuen Demokratie“ sollten schrittweise die Bedingungen für den weiteren Kampf um eine sozialistische Umgestaltung verbessert und ein friedlicher Weg zum Sozialismus geöffnet werden. Der konkrete Inhalt der angestrebten volksdemokratischen Ordnung blieb zwar weitgehend unbestimmt, in Summe ging es aber bei dieser „neuen Demokratie“ um eine in der Tradition der kommunistischen Volksfrontprogrammatische stehende Gesellschaftsordnung, die sich zwar vom Kapitalismus und einer bürgerlich-demokratischen Ordnung erheblich unterscheiden, jedoch noch nicht sozialistischen Charakters sein sollte. Es ging darum, mit grundlegenden demokratischen Reformen den Einfluss der ArbeiterInnenklasse auf Kosten des Großkapitals zu erhöhen, um so die Voraussetzungen für



4. Parteiarbeiterkonferenz der KPÖ im Wiener Konzerthaus am 4. November 1945, v.l.: Karl Steinhardt, Hella Postranecy, Max Haller, Franz Honner, Johann Kopleinig, Karl Altmann, Ernst Fischer, Friedl Fürnberg

eine weitere Vorwärtsentwicklung zum Sozialismus zu verbessern. Im Grunde ging es bei der „antifaschistisch-demokratischen“ Ordnung des Jahres 1945 bereits um eine solche Übergangsform, die in der späteren marxistischen Diskussion und Programmatik als „antimonopolistische Etappe“ auf dem Weg zum Sozialismus umrissen wurde.

Die inhaltlichen Eckpunkte der antifaschistisch-demokratischen Orientierung wurden im Juni 1944 in einem im Moskauer Exil ausgearbeiteten Manifest mit dem Titel „Die Wiedergeburt Österreichs“ festgelegt und in einem am 5. August 1945 veröffentlichten „Sofortprogramm“ weiterentwickelt.¹⁴ Die hierin zum Ausdruck kommenden Forderungen blieben in ihren Grundlinien im gesamten Besatzungsjahrzehnt prägend:

1.) Der Kampf gegen Faschismus und Reaktion: Konkret ging es um die Entnazifizierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens, vor allem des Staatsapparats, sowie um die Bestrafung der faschistischen Verbrecher.

2.) In Eigentumsfragen forderte die KPÖ die Entmachtung des Monopolkapitals, also die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, sowie die Enteignung des deutschen Vermögens, der Naziverbrecher und ausländischen Faschisten. Darüber hinaus sollte jedoch die private Unternehmerinitiative gefördert und das rechtmäßig erworbene Privateigentum an kleinen und mittleren Unternehmen geschützt werden. Als weitere strukturelle Maßnahme wurde die Durchführung einer demokratischen Bodenreform gefordert.

3.) Realisiert werden sollte die neue demokratische Ordnung durch die so bezeichnete „demokratische Zusammenarbeit“ aller Kräfte. Konkret ging es um die Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse, sowie um die Schaffung eines breiten antifaschistischen Volksbündnisses, auch mittels einheitlicher und überparteilicher Gewerkschafts- und Massenorganisationen.

4.) In außenpolitischer Hinsicht forderten die österreichischen KommunistInnen freundschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen zu den Nachbarländern und allen Großmächten, in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem zu den östlichen Nachbarn und zur Sowjetunion, mit denen Handelsverträge abgeschlossen werden sollten. Die bis dahin intimen Bindungen an Deutschland sollten neutralisiert werden.

Etappenkonzeption

War diese Konzeption im Frühjahr 1945 realistisch? Meiner Einschätzung nach handelte es sich bei dieser „Strategie der Übergänge“ – zumindest im Jahr 1945 – um eine Orientierung, die im Augenblick der Befreiung durchaus den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen entsprach. Mehrere Faktoren sprachen zu diesem Zeitpunkt für ein mögliches schrittweises Herankommen an den Sozialismus: Nach dem Zweiten Weltkrieg war es zu einer Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse gekommen. Mit der Niederlage des Faschismus war auch das Monopolkapital weitgehend diskreditiert, das kapitalis-



KPÖ-Versammlung am Schuhmeierplatz in Wien-Ottakring

tische System insgesamt erschüttert. Die siegreiche Sowjetunion war weltpolitisch gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen und die Linkskräfte europaweit auf dem Vormarsch. Bei der Regierungsbildung in Österreich nahm die Rote Armee eine Schlüsselstellung ein und verlieh der KPÖ einen starken Rückhalt. Auch die KPÖ selbst trat gestärkt aus Illegalität und Exil heraus: Sie war die Hauptträgerin des antifaschistischen Widerstands und hatte im Kampf gegen den Faschismus die größte Anzahl an Opfern zu beklagen. Nicht umsonst leitete Johann Koplenig in seiner Rede auf der ersten Parteiarbeiterkonferenz am 13. Mai 1945 die Berechtigung der Partei, an der Neugestaltung Österreichs teilzunehmen, direkt aus der Rolle ab, die die KPÖ im Freiheitskampf gegen den deutschen Faschismus gespielt hatte. Vor diesem Hintergrund erwiesen sich die Bedingungen für prosozialistische Kräfte zunächst als durchaus vorteilhaft.

Zugleich war klar, dass die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus nicht gegeben waren: Es gab in Österreich keine breite Massenbewegung zur Überwindung des Faschismus wie in manchen Staaten Ost- und Südosteuropas. Die Befreiung Österreichs erfolgte von „außen“. Der Wunsch nach einem „neuen Österreich“ war zwar groß, dennoch war die Grundstimmung der Bevölkerung abwartend, die ArbeiterInnenklasse war desorganisiert und weitgehend passiv. Vor allem jedoch machten es die Viermächtebesatzung, die Präsenz westallierter Truppen und der Einfluss der Westmächte undenkbar, dass eine sozialistische Umwälzung bruchlos aus der Befreiung vom Faschismus hervorgehen könnte. Allein eine parlamentarisch-demokratische Republik war vor diesem Hintergrund unter den

lungen der Sowjetunion: Der sowjetischen Regierung ging es darum, die vor allem von britischer Seite entwickelten Pläne der Einbeziehung Österreichs in eine Donaukonföderation zu verhindern und Deutschland zu schwächen, weshalb sie seit 1941 konsequent für die Wiederherstellung Österreichs als unabhängiger Staat eintrat. Österreich wurde dabei nicht zur sowjetischen Einflussosphäre, sondern dem Bereich einer „neutralen Zone“ zugeordnet. Über Regierungen der „nationalen Front“ unter Einschluss der kommunistischen Parteien sollte in diesen Staaten Kontinentaleuropas auf friedlichem Wege der Übergang zum Sozialismus vollzogen werden. Ein wichtiger Hintergrund dieser kommunistischen Konzeptionen bestand darin, vom längerfristigen Charakter der Antihitlerkoalition auszugehen. Aus dieser friedlichen Zusammenarbeit, aus diesem stabilen Gleichgewicht sollten für kleine Länder Spielräume für unabhängige Entwicklungen gewonnen werden. In dieser Hinsicht erschien die Regierungsbeteiligung der KPÖ gewissermaßen als innenpolitische Widerspiegelung der alliierten Zusammenarbeit.

Kontroversen in der Provisorischen Regierung

Die Hoffnungen der KPÖ auf eine günstige Entwicklung der inneren Kräfteverhältnisse in SPÖ und ÖVP und der demokratischen Zusammenarbeit insgesamt sollten sich jedoch nicht erfüllen: Sie trat zwar im April 1945 als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP in die Regierung ein, bereits der Verlauf der ersten Monate der Regierungsarbeit macht jedoch die Ausgrenzung der KommunistInnen deutlich. Bereits ab Sommer 1945 zeichnete sich eine „stille“, auf die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses abzielende Koalition

Siegermächten konsensfähig. Deren weitere Entwicklung in Richtung sozialistische Umgestaltung im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Perspektive der KPÖ konnte im Frühjahr 1945 zumindest als offen angesehen werden.

Eine solcherart angestrebte Entwicklung korrespondierte auch mit den außenpolitischen Vorstellungen

von SPÖ und ÖVP ab. Es mangelte zwar nicht an öffentlichen Bekenntnissen zur demokratischen Zusammenarbeit, jedoch gewannen sowohl in ÖVP als auch SPÖ rasch jene Kräfte die Oberhand, die eine andere, auf die Beschneidung der KPÖ abzielende Konzeption vertraten. In der SPÖ setzte sich der „rechte“ Parteiflügel durch, jene Kräfte, für die die Beteiligung der KPÖ an den Regierungsgeschäften wohl von Beginn an nicht mehr als ein Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht war. Die SPÖ war zu keiner Aktionseinheit mit der KPÖ bereit, was als eine der entscheidenden Weichenstellungen des Jahres 1945 zu werten ist. So wurde z.B. auf Druck der rechten Kräfte das im August 1945 gebildete Kontaktkomitee von SPÖ und KPÖ bereits vor den Nationalratswahlen wieder ausgesetzt und trat danach nicht wieder zusammen. Linkssozialistische BefürworterInnen einer Aktionseinheit mit der KPÖ wurden erfolgreich in den Hintergrund gedrängt.

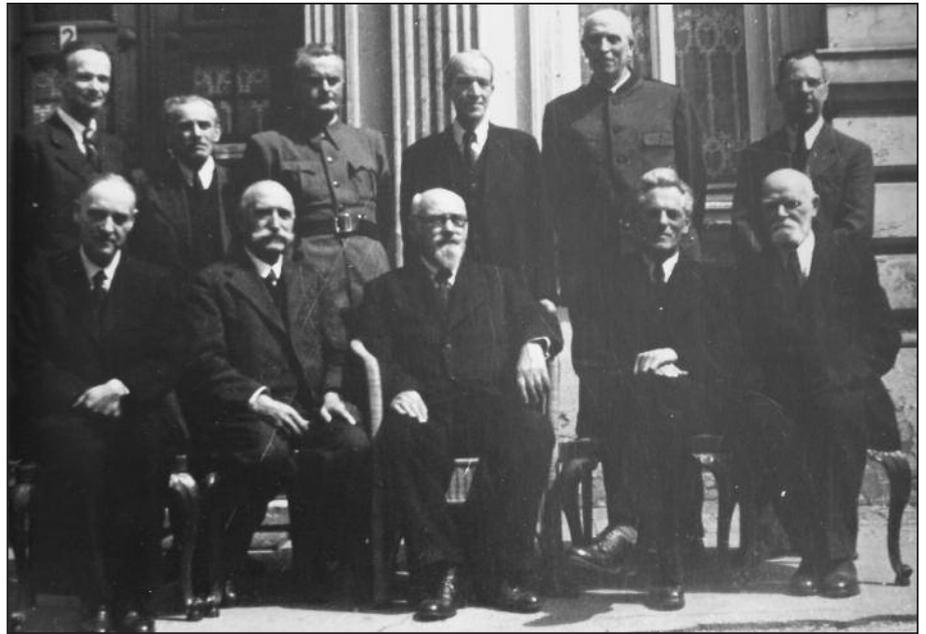
Einen gewissen Wendepunkt markierte die Ankunft der westlichen Alliierten in Wien Anfang September 1945, womit auch der für diese Entwicklung insgesamt ausschlaggebende Gesichtspunkt angesprochen ist: Außenpolitische Faktoren nahmen im Jahr der Befreiung vor allem dergestalt auf die innenpolitische Entwicklung Einfluss, dass SPÖ und ÖVP frühzeitig begannen, ihre Politik auf die Westmächte auszurichten. Im Mittelpunkt dieser Problemlage stand die vierfache militärische Besatzung Österreichs und die Präsenz westallierter Truppen, vor allem jedoch die fehlende Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten und die damit verbundene Gefahr der Zerreißung des Landes. Die Westmächte sahen in der Renner-Regierung zunächst eine sowjetische „Marionettenregierung“, kritisierten den in ihren Augen überproportionalen Einfluss der KPÖ und verweigerten der Regierung die Anerkennung. Während sich die Briten bis in den Herbst hinein für die Entfernung der kommunistischen Regierungsmitglieder und eine völlige Neubildung der Regierung einsetzten, standen die USA der Renner-Regierung zwar ebenso ablehnend gegenüber, nahmen jedoch eine etwas flexiblere Haltung ein. Die Anerkennung der Regierung erfolgte schließlich erst im Herbst, am 20. Oktober 1945, bis zu diesem Zeitpunkt war die Provisorische Regierung außenpolitisch isoliert.

Es war vor allem diese fehlende Anerkennung der Regierung durch die West-

mächte, die bestimmend auf die Entwicklung der nationalen Kräfteverhältnisse und zu Ungunsten der KPÖ Einfluss nahm. Als Regierungspartei steckte die KPÖ im Jahr der Befreiung in einem nahezu unlösbaren Dilemma: Die Partei leitete im Exil und auch 1945 alle strategischen Überlegungen aus ihrer Orientierung auf die Unabhängigkeit und Einheit des Landes ab. Zur Wahrung der Einheit Österreichs war die KPÖ zu weitgehenden innenpolitischen Konzessionen bereit, um eine drohende Zerreißung des Landes abzuwenden. Sie schwieg zu Entscheidungen, die ihrer programmatischen Orientierung widersprachen, um ein nach außen hin demonstrativ einheitliches Auftreten der Regierung zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund des Prinzips der Vereinbarungsgovernment – Beschlüsse im Kabinettsrat mussten einstimmig erfolgen – trug sie auch Entscheidungen mit, die ihrer Konzeption grundsätzlich entgegenliefen, etwa in Verfassungsfragen, beim Umgang mit dem reichsdeutschen Eigentum oder im Bereich der Entnazifizierung. Über Kontroversen im Kabinettsrat der Renner-Regierung wurde öffentlich nicht berichtet. SPÖ und ÖVP verstanden es umgekehrt, den außenpolitischen Druck, der auf der Regierung im Allgemeinen und auf der KPÖ im Besonderen lastete, zu instrumentalisieren und gegen die KPÖ auszunutzen.

Vor diesem Hintergrund geriet die KPÖ bereits frühzeitig in die Defensive und scheiterte in der Renner-Regierung mit ihren Hauptanliegen: Sie konnte sich nicht mit ihren Forderungen durchsetzen, eine neue Verfassung auszuarbeiten und die Verwaltung umfassend zu säubern und zu demokratisieren. Jene Gesetze, bei denen der kommunistische Einfluss am deutlichsten sichtbar wurde – etwa das Verbotsgesetz, das Kriegsverbrechergesetz oder das Beamtenüberleitungsgesetz – wurden nur unzureichend durchgeführt.

So setzte sich die KPÖ in der Frage der Erneuerung und Demokratisierung des Staatsapparats für die Säuberung der Verwaltung von faschistischen Beamten und reaktionären Bürokraten ein, bei gleichzeitigem Aufbau einer demokratischen Beamtenschaft aus erprobten Antifaschisten und österreichischen Patrioten, auch wenn diese nicht über die entsprechende akademische Ausbildung verfügten. Auf Vorschlag der KPÖ wurden schließlich nach langen Auseinandersetzungen die bevorzugte Behandlung der Freiheitskämpfer und verfolgten



Provisorische Regierung Renner mit den KPÖ-Staatssekretären Johann Koplenig (1. Reihe, 2.v.r.), Ernst Fischer (2. Reihe, 1.v.l.) und Franz Honner (3.v.l.)

Antifaschisten beschlossen, sowie die Anstellungserfordernisse herabgesetzt. Am konservativen Übergewicht im Staatsapparat änderte sich jedoch nichts. Zudem ging die Säuberung der Verwaltung weiter schleppend voran. Die Anzahl der kommunistischen Beamten wiederum war gering. Einzig in der Wiener Polizeidirektion, wo ca. 1.500 der mehr als 9.000 BeamtenInnen der KPÖ angehörten, konnten KommunistInnen – viele davon Spanienkämpfer, Angehörige der 1944/45 in Slowenien aufgestellten „Österreichischen Freiheitsbataillone“ und ehemalige KZ-Häftlinge – innerhalb der Beamtenschaft Fuß fassen. Der Kommunist Heinrich Dürmayer war bis zu seiner Ablösung im September 1947 Leiter der Staatspolizei.¹⁵

In der Diskussion über Verfassungsfragen verlangte die KPÖ die Ausarbeitung einer neuen Verfassung bzw. die Rückkehr zur Verfassung von 1920, wie es auch in der Unabhängigkeitserklärung vorgesehen war. Staatskanzler Renner wollte im April zunächst auch eine neue Verfassung bzw. die Rückkehr zur Verfassung von 1920, erkannte jedoch, dass eine Verfassungsdiskussion vor allem den KommunistInnen nutzen würde und setzte gegen die Widerstände der KPÖ die Rückkehr zur – als „Heimwehrverfassung“ kritisierten – Verfassung von 1929 durch. Damit war die Verfassungsdiskussion praktisch bereits 1945 zu Ende, über eine verfassungsrechtliche Verankerung der kommunistischen Neuordnungspläne und eine Erweiterung demokratischer Rechte konnte keine öffentliche Debatte stattfinden.

Im Bereich der Entnazifizierung standen Kontroversen über den Umgang mit den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und die strafrechtliche Verfolgung der NS-Verbrecher im Mittelpunkt. Die Position der KPÖ zum Nazi-Problem war von Beginn an von einer Differenzierung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in die nazistischen Hauptschuldigen, die „großen“ Nazi, Kriegsverbrecher und verantwortlichen Nazifunktionäre, und die „kleinen“ Nazi, die einfachen Parteimitglieder und Mitläufer gekennzeichnet. Sie trat für eine strafrechtliche Verfolgung und Aburteilung der NS-TäterInnen und die Säuberung des öffentlichen Lebens vom Nazismus ein. Die einfachen Mitglieder sollten, sofern sie nicht persönlich an Verbrechen beteiligt waren, straffrei bleiben und für den demokratischen Wiederaufbau gewonnen werden. Darüber hinaus wurde jedoch die Mitschuld aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder festgehalten und deshalb die Ausschaltung aller ehemaligen NationalsozialistInnen aus dem öffentlichen Leben, aus Verwaltung, Wirtschaft und Kultur, gefordert.

Der in der „Nazifrage“ Anfang Mai 1945 mit Beschlussfassung des Verbotsgesetzes von der Regierung eingeschlagene Kurs, das Schwergewicht auf das formale Prinzip der Registrierung aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu legen, lag jedoch alles andere als auf der Linie der von der KPÖ vorgenommenen Differenzierung in „Hauptschuldige“ und „Mitläufer“. In den Augen der KPÖ führte die Durchführung des Verbotsgesetzes mit der dabei vorgesehenen



Parteilokal der KPÖ am Elterleinplatz in Wien-Hernalz, Ende 1945

Möglichkeit auf Nachsicht von der Registrierung zur Verschleppung und Bürokratisierung des Problems. Das von der KPÖ geforderte Kriegsverbrechergesetz zur strafrechtlichen Verfolgung der nationalsozialistischen Untaten wiederum kam erst Ende Juni 1945 nach langen Auseinandersetzungen im Kabinettsrat zustande, wurde aber nur zögerlich durchgeführt.

Aus staatspolitischen Gründen verzichtete die KPÖ nicht nur auf die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit, sondern auch beinahe völlig auf Massenaktivitäten zur Durchsetzung ihrer Ziele und beschränkte sich auf Vereinbarungen auf Parteebene. Als „staatstragende“ Kraft ging es der KPÖ darum, kurzfristige Parteiinteressen zugunsten nationaler Wiederaufbauinteressen zurückzustellen, resümierte der Generalsekretär der Partei, Friedl Fürnberg, am 13. Parteitag im April 1946 die ungünstigen Rahmenbedingungen. Das Dilemma bestand darin, dass ein prinzipiell oppositionelles Herangehen in dieser Situation ausgeschlossen war. Dies hätte die sofortige Isolierung der KPÖ bedeutet, womit selbst die Option auf einen künftig günstigeren Verlauf der demokratischen Zusammenarbeit verbaut gewesen wäre. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre die Forcierung „außerparlamentarischer“ Aktivität gewesen. In der Tat versuchte die KPÖ ab Sommer das Dilemma der fehlenden Öffentlichkeit vorsichtig zu durchbrechen: Mittels Weckung der „Initiative der Volksmassen“ sollte vor allem die mangelnde Durchführung der Gesetze, allen voran der schleppende Fortgang der Entnazifizierung und der Säuberung der Verwaltung, öffentlich thematisiert

werden. Auf Betriebs- und Bezirksebene wurden nun auf KPÖ-Initiative Resolutionen der drei Parteien verabschiedet, die auch die Forderungen nach Verstaatlichung zum Inhalt hatten, Deputationen entsendet, sowie kleinere Demonstrationen vor Ämtern organisiert, in denen die Bürokratie noch immer nicht von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gesäubert worden war. Die „Weckung der Volksinitiative“ war in dieser Hinsicht gewissermaßen der Gegenpol zur hohen Kompromissbereitschaft, die der KPÖ im Kabinettsrat abverlangt wurde.

Die sowjetische Besatzungsmacht

Schwerwiegendstes Problem der KPÖ war ihr Naheverhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Die Haltung zur Sowjetunion war gleichermaßen der Hauptgrund für die Isolation der KPÖ, wie auch der Hauptfaktor ihrer relativen Machtposition in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auf der einen Seite stellte die KPÖ aufgrund der Präsenz der Roten Armee einen nicht zu umgehenden innenpolitischen Faktor dar. Es gab zwar keine direkten politischen Interventionen seitens der sowjetischen Besatzungsmacht im Sinne der KPÖ, die Sowjetadministration unterstützte die Partei aber in organisatorischer, propagandistischer und finanzieller Hinsicht. Auf der anderen Seite hatte die KPÖ die negativen Folgen der sowjetischen Besatzungspraxis zu tragen: Neben der Demontagepraxis und den Beschlagnahmungen waren es vor allem die Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee auf die Zivilbevölkerung – Plünderungen, Vergewaltigungen –, die auch die KPÖ in der öffentlichen Meinung in

Misskredit brachte. Die Partei wurde von der Bevölkerung mit diesen negativen Erscheinungen identifiziert, was durch fehlende Distanzierungen von den Übergriffen und durch die insgesamt kritiklose Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht erleichtert wurde. Die beiden Großparteien – SPÖ und ÖVP – und die Westmächte waren natürlich bestrebt, bestehende antisowjetische Ressentiments auszunutzen und gegen die KPÖ zu wenden. Von der KPÖ wurden die Übergriffe tabuisiert bzw. als antisowjetische Propaganda abgetan, wodurch einer Entwicklung Vorschub geleistet wurde, dass antisowjetische Ressentiments bruchlos auf die KPÖ übertragen wurden.

Aus der weitreichenden Identifikation mit der sowjetischen Besatzungsmacht resultierte für die KPÖ auch ein Glaubwürdigkeitsproblem: Sie agierte mehr mit absoluter als mit kritischer Solidarität gegenüber den sowjetischen Behörden, wobei zu berücksichtigen ist, dass der beginnende Kalte Krieg mit seinen Polarisierungen und dem großen Druck, der auf den KommunistInnen lastete, keine günstigen Voraussetzungen für differenzierte Herangehensweisen bot. Die KPÖ wurde so im öffentlichen Bewusstsein trotz ihrer Österreichpatriotischen Orientierung als anti-österreichische Partei, als „Russenpartei“ abgestempelt. Sie galt in der Bevölkerung als verlängerter Arm der Sowjetunion. Die enge Bindung an die Sowjetunion war auch der Hauptfaktor, warum die KPÖ auf andere Linkskräfte, etwa auf unzufriedene SozialdemokratInnen, keine große Attraktivität ausübte.

Dass die KPÖ vor diesem Hintergrund ihre Politik des nationalen Wiederaufbaus kaum glaubhaft vertreten konnte, wird besonders am Beispiel des „Deutschen Eigentums“ deutlich. Wie kaum eine andere Frage stand diese Frage im Spannungsfeld alliierter Interessen, wurde doch infolge des Potsdamer Abkommens das reichsdeutsche Vermögen den alliierten Mächten in ihrer jeweiligen Zone zugesprochen. Die KPÖ trat zwar für eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ein, in ihrer Politik hatte sie jedoch die wirtschaftspolitischen Ansprüche der Sowjetunion mitzureflekieren. So wurde der kommunistischen Forderung nach einer Verstaatlichung des „Deutschen Eigentums“ durch die sowjetischen Ansprüche mehr oder weniger die Zugkraft geraubt. Auf der anderen Seite hatte die KPÖ einseitig die Folgen jener Maßnahmen zu tragen,

die von der sowjetischen Administration 1945 und 1946 ergriffen wurden, nachdem Verhandlungen mit der österreichischen Regierung über bilaterale Abkommen gescheitert waren. Im Oktober 1945 kam es zur Übernahme der Zistersdorfer Ölquellen durch die sowjetischen Besatzungsbehörden, im Befehl Nr. 17 von Anfang Juli 1946 wurde der Übergang des gesamten „Deutschen Eigentums“ in Ostösterreich in das Eigentum der Sowjetunion verfügt.

Die Novemberwahlen 1945

Bei den am 25. November 1945 stattfindenden Wahlen zum ersten Nationalrat der Zweiten Republik erreichte die KPÖ schließlich 174.257 Stimmen (5,4 Prozent). Sie war fortan mit vier (von 165) Mandaten erstmals im Parlament vertreten und schaffte auch den Einzug in sechs Landtage. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die Betriebsratswahlen in den Vormonaten für die KPÖ zufrieden stellende Ergebnisse und in vielen Großbetrieben kommunistische Mehrheiten gebracht hatten, musste dieses Wahlergebnis als Enttäuschung und Misserfolg eingeschätzt werden. Auch der erfolgreiche Verlauf der Wahlkampagne, der große Materialaufwand und der massive Zustrom bei den kommunistischen Wahlveranstaltungen, hatten Illusionen über das zu erwartende Wahlergebnis genährt.

In seiner Analyse des schlechten Abschneidens der KPÖ machte Johann Koplenig in den Beratungen der KPÖ-Führungsgremien verschiedene Gesichtspunkte geltend: Allen voran führte er objektive Faktoren ins Treffen, vor allem die Tatsache, dass in Österreich keine Massenbewegung den Faschismus überwinden konnte und der Einfluss der nazistischen Ideologie nach wie vor groß sei. Neben organisatorischen Schwächen verwies er auf die – zuletzt harte – Position der KPÖ zur Nazifrage: ungeachtet der Differenzierung im Herangehen an ehemalige NSDAP-Mitglieder war es SPÖ und ÖVP gelungen, die KPÖ als Anti-Nazi-Partei schlechthin darzustellen und ihre Position zum Ausschluss aller ehemaligen Nationalsozialisten von den ersten demokratischen Wahlen in eine allgemein nazifeindliche Haltung umzudeuten. Entscheidend war jedoch vor allem das Image der KPÖ als „Russenpartei“, die antikommunistische Grundstimmung der Bevölkerung und die damit im Zusammenhang stehende antisowjetische Flüsterpropaganda von SPÖ und ÖVP.

Die KPÖ gehörte zwar mit einem Minister der Allparteienregierung unter Bundeskanzler Leopold Figl an, ihre Regierungsbeteiligung wurde aber von den beiden anderen Parteien und auch von den Westmächten nur als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen. Geheim einigten sich SPÖ und ÖVP auf ein Koalitionsabkommen, das die KommunistInnen ausklammerte, de facto existierte also bereits seit diesem Zeitpunkt eine „Große Koalition“. Karl Altmann blieb als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung von den zentralen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen.¹⁶

Das politische Gewicht der KPÖ wurde in weiterer Folge vom Kalten Krieg bestimmt. Die beginnende Blockbildung und die vom US-amerikanischen Präsidenten verkündete „Truman-Doktrin“ zur „Eindämmung“ des Kommunismus spiegelten sich auch in der politischen Kultur Österreichs und in der Zuspitzung der innenpolitischen Gegensätze wider: Der antifaschistische Grundkonsens von 1945 machte einem antikommunistischen Konsens Platz. Der Einfluss der KPÖ wurde in allen Bereichen so weit wie möglich zurückgedrängt, z.B. in den Gewerkschaften, in den Gemeinden und Bezirken, sowie im Polizeiapparat. Im November 1947 schied die KPÖ nach Beschlussfassung der Währungsreform aus der Regierung aus, womit die demokratische Zusammenarbeit auch formal ihren Abschluss fand. Die Partei konzentrierte sich fortan ganz auf außerparlamentarische Kämpfe. Sie war die Hauptkraft sozialökonomischer Massenbewegungen gegen die Lohn-Preis-Pakte der Bundesregierung und wurde von einer großen Anzahl von ArbeiterInnen als die entscheidende Oppositionskraft gegen die kapitalistische Restauration wahrgenommen.

Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 41–76.

2/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006;

ders.: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14). Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf diese beiden Monographien (dort auch ausführliche Quellenangaben).

3/ Heute vor 15 Jahren: Der Bezirksbürgermeister trieb Pferde, in: *Volksstimme*, 4.5.1960, S. 6.

4/ Das Volk ergreift die Initiative. Glänzende Arbeit in Neunkirchen, in: *Neues Österreich*, 8.5.1945, S. 2.

5/ Halbrainer, Heimo: „Im Freiheitskomitee ist nicht gefragt worden, welcher Parteirichtung der einzelne angehört“. Die Volksfrontkonzeption in der Praxis am Beispiel der Österreichischen Freiheitsfront in Leoben 1945, in: Kuretsidis-Haider, Claudia/Mugrauer, Manfred (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2013, S. 181–198.

6/ Die Kommunisten im Aufbau voran. Verhinderung von Zerstörungen – Ingangsetzung der Betriebe, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.11.1945, S. 2.

7/ Vgl. ZPA der KPÖ, KPÖ Ternitz an das Zentralkomitee der KPÖ, 4.5.1945, S. 1.

8/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 77–121, hier S. 121.

9/ Zur Reorganisation der KPÖ als legaler Massenpartei vgl. ebd., S. 325–413.

10/ Aufbau der Wiener Parteiorganisation. Richtlinien, hg. von der Wiener Stadtleitung der K.P.Ö. Wien o.J. [1945]; Richtlinien über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provinz. o.O. [Wien] o.J. [1945].

11/ ZPA der KPÖ, Der organisatorische Stand der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien o.J. [1946], S. 1f.

12/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 471.

13/ Mugrauer, Manfred: Die Sportpolitik der KPÖ, in: *mitbestimmung. zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt*, 40 Jg. (2011), Nr. 1, S. 7–12, hier S. 10.

14/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. Moskau 1944; Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Österreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945.

15/ Vgl. dazu Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 275–323.

16/ Mugrauer, Manfred: „Nur eine schwache Verantwortung...“. Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 8–14.

Kriegsende in Sandeleiten

Die Entwaffnung von Volkssturmmangehörigen und Wehrmachtssoldaten durch den KJV Wien 44 am 7. April 1945

WINFRIED R. GARSCHA

Die Befreiung Österreichs durch die Alliierten begann am 29. März 1945: Im burgenländischen Klostermarienberg überschritt die Rote Armee um 11.05 Uhr die österreichische Grenze. Motorisierte Einheiten der 6. Garde-Panzerarmee und andere Armeen der 3. Ukrainischen Front trieben im Rahmen der „Wiener Angriffsoperation“ die 6. Armee der deutschen Heeresgruppe Süd und Panzer-Korps der Waffen-SS vor sich her. Drei Tage später, am 1. April 1945, wurde Eisenstadt befreit. Die Kämpfe im Burgenland dauerten nur wenige Tage. Sie kosteten rund 5.000 Soldaten der Roten Armee das Leben.

Operation Radetzky

Die 9. Gardearmee schlug ihr Hauptquartier in Hochwolkersdorf im Bezirk Wiener Neustadt auf, wo sich zeitweise auch der Kommandeur der 3. Ukrainischen Front, Marschall Fjodor Tolbuchin, aufhielt. Im Auftrag einer Widerstandsgruppe österreich-patriotischer Offiziere im Wehrkreiskommando XVII um den Major Carl Szokoll hatten sich am 2. April Oberfeldwebel Ferdinand Käs und sein Fahrer Obergefreiter Johann Reif hierher durchgeschlagen, um mit dem Oberkommando der 3. Ukrainischen Front Kontakt aufzunehmen.¹ Zweck dieser Aktion mit dem Codenamen „Operation Radetzky“ war es, Wien das Schicksal Budapests zu ersparen. Die monatelangen Kämpfe hatten dort Hunderttausende Tote und eine fast vollständig zerstörte Stadt hinterlassen. Ferdinand Käs informierte die sowjetische Seite über die Verteilung der Verteidigungsstellungen in der Stadt, und dass am wenigsten Widerstand von deutscher Seite bei einem über die westlichen Stadtbezirke vorgetragenen Angriff zu erwarten war.

Am 3. April 1945 nahm die 6. Garde-Panzerarmee Baden bei Wien ein.² Hier teilten sich die sowjetischen Truppen. Die 4. und 9. Gardearmee setzten den direkten Angriff auf Wien zwischen Inzersdorf und Schwechat fort, die 6. Garde-Panzerarmee stieß durch das Helenental in den Wienerwald vor, um

Wien von Nordwesten zu umfassen. Im Südosten erreichten die sowjetischen Truppen die Stadtgrenze am 6. April. Zur selben Zeit sollte die „Operation Radetzky“ anlaufen und so die kampflöse Einnahme Wiens durch die Rote Armee ermöglicht werden. Es scheiterte jedoch schon der erste Schritt – eine Gruppe um Major Karl Biedermann, Kommandant der Heeresstreife von Groß-Wien, sollte den Sender Bisamberg übernehmen. Zwei weitere Verschwörer, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke, wurden, ebenfalls am 6. April, in einem Gebäude des Wehrkreiskommandos XVII am Stubenring verhaftet.

Es war der Mut und die Geistesgegenwart einer jungen Frau, die vielen das Leben rettete. Um 8 Uhr früh drang ein SS-Kommando in die Kanzlei von Major Szokoll ein. Seine Sekretärin, Lotte Rohrer, Verlobte von Hauptmann Huth (mit dem sie bereits kirchlich verheiratet war), „saß gerade in ihrem Büro und nähte weiße Fahnen. Sie hatte noch die Geistesgegenwart, vor den Augen der SS-Leute die schriftlichen Unterlagen der Verschwörung in einem kleinen ‚Kanonofen‘ als Unterzündmaterial zu verbrennen – nach einer höflichen Frage an die SS, ob sie wenigstens Tee kochen dürfe. Als dann mitten während der Verhaftungsaktion Szokoll anrief, griff sie schnell zum Hörer, sprach den Major mit ‚gnädige Frau‘ an und warnte ihn, ohne dass die daneben stehenden SS-Männer begriffen, was gespielt wurde.“³

Keine Dokumente gibt es für die Erzählung, wonach Major Biedermann, Hauptmann Huth und Oberleutnant Raschke, bevor sie vor ein SS- und Polizeigericht gestellt wurden, angeblich bereits von einem Standgericht der Wehrmacht freigesprochen worden seien. Sie wurden am Morgen des 8. April 1945 öffentlich in Floridsdorf Am Spitz gehängt. An Biedermanns Brust wurde ein Schild angebracht mit der Aufschrift „Ich habe mit den Bolschewiken paktiert!“. Zur selben Zeit, als die „Operation Radetzky“ scheiterte, gelang es im Westen der Stadt, rund um den Sandeleitenhof in Ottakring, einer Gruppe jun-

ger Kommunistinnen und Kommunisten, der vom Wienerwald heranrückenden Roten Armee den kampflösen Vorstoß bis zum Gürtel zu ermöglichen.

Kampf um die Befreiung Wiens

Nach Beendigung der Kämpfe in Wien am 13. April 1945 waren einzelne Gebiete der Stadt teilweise beträchtlich zerstört. Die „Verteidigung“ Wiens gegen die Rote Armee durch Einheiten von Wehrmacht und Waffen-SS forderte Tausende Tote, sie verzögerte die Befreiung Wiens um mehrere Tage und ermöglichte somit letzte Mordaktionen von SS und Gestapo. In der Förstergasse in Wien-Leopoldstadt erschossen SS-Männer am 11. April um halb vier Uhr Nachmittag neun Jüdinnen und Juden, die sich dort angesichts der Kampfhandlungen in einem Keller versteckt hatten. Nach Mitternacht erreichten erste Einheiten der Roten Armee diesen Teil des 2. Bezirks.

Die abziehenden Wehrmacht- und SS-Einheiten hatten eine Spur der Verwüstung hinterlassen und fast alle Brücken gesprengt. Menschen aus den am meisten zerstörten Teilen der Stadt versuchten in den ersten Tagen nach der Befreiung, vorübergehend bei Freunden und Verwandten unterzukommen. Wer das Glück hatte, in Ottakring oder Hernals aufgenommen zu werden, fand eine unzerstörte Stadt mit einer bereits wieder im Aufbau begriffenen Infrastruktur vor – als ob der Krieg einen Bogen um diesen Teil Wiens gemacht hätte. Dass die Kämpfe der letzten Kriegstage dem Großteil der nordwestlich des Gürtels gelegenen Wohngebiete erspart geblieben waren, hatte die Bevölkerung dieser Bezirke einer kleinen Gruppe junger Männer und Frauen zu verdanken, die vom Sanitätsunteroffizier Heinrich Klein angeführt wurde.

Heini Klein gehörte seit 1934 dem Kommunistischen Jugendverband Österreichs (KJVÖ) in Ottakring an. Im Oktober 1940 zur Wehrmacht eingezogen, war er im März 1945 desertiert. Schon vorher hatte er den Kontakt zu kommunistischen Jugendlichen hergestellt, die seit 1944 im Untergrund den von der Gestapo zerschlagenen KJV unter der

Bezeichnung *KJV Wien 44* reorganisiert hatten. Der Plan der Gruppe war, Wehrmacht und Volkssturm (das „letzte Aufgebot“ des NS-Regimes, bestehend meist aus Jugendlichen und Männern, die schon zu alt zum Kriegsdienst waren) zu entwaffnen, damit die über den Wienerwald nach Wien vorstoßenden Einheiten der Roten Armee kampfflos die westlichen Bezirke durchqueren konnten. Danach galt es, Betriebe und Geschäfte vor Plünderungen zu schützen. Die Sorge der jungen Kommunistinnen und Kommunisten war berechtigt: An vielen Stellen der Stadt war die Polizei abgezogen worden (wie übrigens auch die Feuerwehr, die im KZ Mauthausen zur Bewachung eingesetzt wurde, damit sich die SS in Sicherheit bringen konnte), was für viele eine Einladung zum Ausräumen von Geschäften und Lagerräumen war.

Doch auch die Gruppe selbst brach ein Depot auf: die „Spinnstoff-Sammelstelle“ der NS-Volkswohlfahrt in Sandeilen. Dadurch setzte sie sich am Samstag, den 7. April 1945, in den Besitz von Bekleidung, was es erleichterte, Soldaten zu überzeugen, sich entwaffnen zu lassen, da sie die Uniform gegen Zivilkleider tauschen konnten.

Die Entwaffnungsaktion vom 7. April verlief überraschend gewaltfrei. Sie hatte in Neuwaldegg begonnen, wo Heini Klein in seiner Unteroffiziersuniform zum Sammelpunkt des „Volkssturms“ ging und diesen für aufgelöst erklärte. Eine der beteiligten Jugendlichen, Helli Neuhaus (damals Helene Arent), berichtete in den 1990er Jahren in einem Interview, sie hätten den Männern gesagt: „Bei uns wird nicht gekämpft. Der Krieg ist aus, versteckt’s euch in den Kellern.“⁴ Zuvor hatte Heini Klein – als angeblicher Wehrmachtskurier – einen gefälschten Befehl von Gauleiter Baldur von Schirach zur Kampfleitstelle auf der Sophienalpe gebracht. Darin wurde angeordnet, die Hauptkampflinie vom Wienerwald zum Gürtel zu verlegen. Nirgends kam es zu Schießereien, es kam höchstens vor, dass – wie Klein in seinem wenige Jahre später verfassten Erinnerungsbericht schrieb⁵ – „ein widerspenstiger Offizier eine Tracht Prügel von den Jungen bekam“. Binnen weniger Stunden wurden Hunderte Soldaten nach Hause geschickt. Die Aktion in Sandeilen sprach sich in den westlichen Bezirken der Stadt schnell herum. Frauen beschimpften Wehrmachtsoldaten, die bereit waren, den aussichtslosen Kampf weiterzuführen, und bewarfen sie angeblich sogar mit Steinen. Es kam

auch vor, dass Hindernisse, die gegen die Rote Armee errichtet worden waren, wieder weggeräumt wurden.

Als der Wiener Gauleiter Baldur von Schirach davon erfuhr, geriet er in Panik, was Propagandaminister Joseph Goebbels zu einer wütenden Eintragung in seinem Tagebuch veranlasste. Es gebe in Wien „Aufruhraktionen in den ehemaligen roten Vororten“, schrieb er. Der Gauleiter habe sich unter den Schutz der Wehrmacht begeben. Notwendig sei stattdessen, „die härtesten Maßnahmen“ zu ergreifen; denn „dieses Gesindel muss zusammengeschossen werden“.⁶ Fassunglos notierte die Heeresgruppe Süd der Deutschen Wehrmacht im Kriegstagebuch: „Ein Teil der Wiener Bevölkerung hat seine Haltung verloren.“⁷

Selbstschutz und Wiederaufbau

Die Widerstandsgruppe, die sich die auch von anderen kommunistisch inspirierten Gruppen im In- und Ausland verwendete Bezeichnung *Österreichische Freiheitsfront* gegeben hatte, bereitete ihre Mitglieder auf den Kontakt zur Roten Armee vor, indem sie Ausweise auf Russisch ausgab. Als der erste sowjetische Spähtrupp in Sandeilen auftauchte, schlossen sich Heini Klein und Genossen mit einem eigenen Auto an und begleiteten den Spähtrupp durch den ganzen Bezirk. Da Gerüchte auftauchten, die SS könne zurückkehren, begann die Gruppe mit dem Aufbau eines „Selbstschutzes“. Zwei weitere „Entwaffnungsstellen“ wurden eingerichtet – im Türkenritthof in der Hernalser Hauptstraße 190 und im Polizeirevier Possingergasse 57.

2015 initiierten die damals noch lebenden Mitglieder der Jugendgruppe, Paul Vodicka und Helli Neuhaus, eine Gedenktafel für Heini Klein. Der Künstler Andreas Strauss entwickelte das Konzept für eine – „Sandeilen-Datenbank“ genannte – steinerne Sitzbank auf dem Matteotti-Platz inmitten der Wohnhausanlage mit Kopfhörer-Anschluss. Dort kann man mittels Kopfhörer Hellis Schilderung der Ereignisse des 7. April 1945 anhören. Interviewt wurde sie von Schülern und Schülerinnen der Wiener Mittelschule (WMS) 16 Roterstraße.⁸

Am Sonntag, den 8. April, kam der in Ottakring gut bekannte sozialdemokratische Jugendfunktionär Hubert Pfoch nach Sandeilen. Wie sich Pfoch 1981 in einem Vortrag in der Urania unter dem Titel „Jugend beim Wiederaufbau“⁹ erinnerte, hatte er am Samstag den letzten in Brunn abgefertigten Zug über Znaim



Heini Klein in Wehrmachtsuniform

nach Wien erreicht, wo er in den frühen Morgenstunden auf dem Franz-Josefs-Bahnhof ankam, der damals noch in der Hand der Wehrmacht war. Er entledigte sich seiner Uniform und schaffte es, während entlang des Gürtels noch gekämpft wurde, nach Ottakring zu gelangen. Dort traf er Rudolf Müller, ebenfalls ehemaliger Funktionär der *Roten Falken*, und gemeinsam nahmen sie Kontakt mit dem Leitungskomitee der Gruppe um Heini Klein auf. Die beiden halfen sofort bei der Entwaffnungsaktion mit und schafften die den Soldaten abgenommenen Waffen und Uniformen beiseite. In der darauffolgenden Woche trafen sie sich mit anderen sozialdemokratischen Funktionären aus der Zeit der Ersten Republik und gingen an den Wiederaufbau der Sozialistischen Partei in Ottakring; Hubert Pfoch war für die Jugendarbeit zuständig.

Eigener Beitrag zur Befreiung

Am 9. April verbreiteten *Österreichische Freiheitsfront* und *Kommunistischer Jugendverband Wien 44* ein für ganz Wien bestimmtes, aber wohl nur in den westlichen Bezirken verbreitetes Flugblatt, in dem die Bevölkerung aufgefordert wurde mitzuhelfen, „unsere Stadt vor einem Chaos zu bewahren“, indem die Arbeiter in den befreiten Gebieten an ihre Arbeitsplätze gingen – auch, um Sabotage zu verhindern. Die Hausgemeinschaften sollten alle ihnen bekannten „Naziverbrecher, SS-Leute und versprengte Soldaten“ in sicheren Gewahrsam nehmen. Das Flugblatt ist das erste Dokument, in dem ausdrücklich auf die von Sandeilen ausgegangene Entwaffnungsaktion Bezug genommen und



Am Matteottiplatz, dem zentralen Platz der Wohnhausanlage Sandleiten in Wien-Ottakring, fand am 1. Mai 1945, wenige Wochen nach der Befreiung Wiens, eine gemeinsame Kundgebung von SPÖ und KPÖ statt.

der Anteil der jungen Kommunistinnen und Kommunisten daran hervorgehoben wurde: „In Ottakring und Hernals ist es durch das rasche Einschreiten des K.J.V. und der Arbeiterschaft gelungen, das deutsche Militär und die SS zu entwaffnen und so in diesen Bezirken den Widerstand zu brechen. Die beiden Bezirke wurden durch diese entscheidende Tat von dem furchtbaren Kriegsgeschehen verschont.“¹⁰

Mit ihrem Versuch, bereits unmittelbar nach der Befreiung Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen aufzubauen, um Plünderungen zu verhindern und ein einigermaßen normales Weiterleben zu ermöglichen, stand die Ottakringer Gruppe um Heini Klein nicht alleine da. Auch war es an verschiedenen Stellen in Wien gelungen, Zerstörungen in letzter Minute zu verhindern. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der Opfertod des Simmeringer Gaswerksarbeiters Otto Koblicek, der am 5. April 1945 – um den Preis seines eigenen Lebens – die Zerstörung des Gaswerks durch abziehende SS-Einheiten verhindert hat.¹¹ In Favoriten stellte sich Rudolf Eisler, der Bezirksverantwortliche des KJV Wien 44, der Roten Armee zur Verfügung, nachdem er Wochen zuvor aus

der Wehrmacht desertiert war. Er erlag am 15. April den Verletzungen, die er am 9. April 1945 bei den Kämpfen um die Befreiung Wiens erlitten hatte.¹²

In Simmering hatte eine Gruppe rund um den kommunistischen Schlosser Rudolf Hautmann sofort nach dem Einrücken der sowjetischen Soldaten begonnen, Einrichtungen, die der Versorgung der Bevölkerung dienten, zu sichern. Die Rote Armee beauftragte Hautmann mit der Schaffung eines Polizeilichen Hilfsdienstes der Kommandantur der Stadt Wien, der die Nazi-Polizei ersetzte.¹³ Die Entwaffnungsaktion in Sandleiten hatte hingegen vor der Ankunft der Roten Armee stattgefunden. Damit war sie einmalig in Wien.

Anmerkungen:

- 1/ Käs, Ferdinand: Wien im Schicksalsjahr 1945. Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verlag 1965.
- 2/ Zu den Kampfhandlungen vgl. Rauchensteiner, Manfred: Der Krieg in Österreich 1945. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1984 (Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien/Militärwissenschaftliches Institut, Bd. 5).
- 3/ Andics, Hellmut: Die Insel der Seligen. Österreich von der Moskauer Deklaration bis zur Gegenwart. Wien, München: Molden-Taschenbuch Verlag 1976, S. 63.

4/ Zit. nach <https://www.doew.at/neues/helene-neuhaus-1922-2016> [1.3.2025].

5/ DÖW 1040, Bericht von Heini Klein, o.D.

6/ Goebbels, Joseph: Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Hamburg: Hoffmann & Campe 1977, S. 528f.

7/ Eintrag vom 8.4.1945, in: Schramm, Percy E. (Hg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. IV/2. Frankfurt am Main: Bernard & Graefe Verlag 1961, S. 1229.

8/ <https://www.sandleitendatenbank.at>.

9/ Abgedruckt in: Danimann, Franz/Pepper, Hugo (Hg.): Österreich im April '45. Die ersten Schritte der Zweiten Republik. Wien 1985, S. 252–256.

10/ DÖW 1040, Aufruf der Österreichischen Freiheitsfront und des Kommunistischen Jugendverbands Wien 44 an die Wiener Bevölkerung, 9.4.1945.

11/ Pircher, Otto: Wer war Otto Koblicek, in: *Volksstimme*, 13.4.1975, Wochenendbeilage.

12/ Kommunistische Widerstandsgruppe rüstet Volkssturm ab, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.4.1947, S. 3.

13/ Hautmann, Hans: Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: ders. (Hg.): Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2000 (Quellen & Studien), S. 277–346.

Stefan Zweig und Joseph Roth im roten Moskau

Literarische Architekturbeschreibung als Mittel zur Darstellung und Kritik gesellschaftlicher Umbrüche

CHRISTIAN KASERER

Als Stefan Zweig und Joseph Roth in den späten 1920er Jahren die noch junge Sowjetunion besuchen und ihre literarisierten Berichte dazu abfassen, waren beide Autoren keine seltsamen Obskuranten, welche das sozialistische Experiment zu beschauen gedachten und damit die LeserInnen daheim schockierten. Vielmehr folgen beide mit ihren Reiseberichten einem verbreiteten Trend der westeuropäischen Intelligenzia. Sowjetrußland, respektive ab 1922 die Sowjetunion, strahlt in der Zwischenkriegszeit nämlich auf unzählige Intellektuelle eine enorme Anziehungskraft aus. WissenschaftlerInnen, IngenieurInnen und ArchitektInnen etwa sehen die Gelegenheit dazu gekommen, in der neuen Gesellschaftsform ihre Ideen für eine neue Wissenschaft, neue Architektur und letztlich einen neuen Menschen zu verwirklichen. Und so besuchen eben auch SchriftstellerInnen aus aller Herren Länder die Sowjetunion und füllen die Feuilletons und Buchhandlungen mit mannigfaltigen Reiseberichten.¹ Thomas Möbius prägte für dieses Phänomen des geradezu massenhaften Besuchs im sozialistischen Rußland passenderweise den Begriff des „Revolutions- und Utopietourismus“.² Joseph Roth besucht die Sowjetunion im Rahmen seiner journalistischen Reisetätigkeit für die *Frankfurter Zeitung* und verfasst vor Ort insgesamt 18 kürzere und längere Reportagen über das Land.³ Zwischen Ende 1926 und Anfang 1927 verbringt Roth vier Monate in der noch jungen Union und kann so mannigfaltige Eindrücke sowohl von urbanen, wie auch ruralen Gegenden gewinnen.⁴ Die Feuilletonbeiträge erzählen von den Widersprüchen eines Landes, dessen Metropolen Leningrad und Moskau teils von enormem Prunk – Roth selbst nächtigt im luxuriösen Grand Hotel⁵ – geprägt sind und in dessen ländlichen Gebieten es oft an vielem fehlt. Roths Einstellung zum Bolschewismus ist bereits vor der Reise, wenn auch tendenziell wohlwollend, als ambivalent zu bezeichnen⁶ und wandelt sich in Folge der gewonnenen und für ihn enttäuschenden Impressionen hin zu einem Changieren aus distanzierter Neugierde und klarer Ablehnung.⁷ Empfindungen,

wie sie in seinen Texten deutlich zutage treten. Stefan Zweig ist als geladener und bejubelter Gast zur Tolstoi-Feier nach Moskau gereist. Zwei Wochen bringt er im September 1928 in der Sowjetunion zu.⁸ Dabei besucht er jedoch nicht nur Moskau, wo er mit seinem (Brief-)Freund Maxim Gorki erstmals persönlich zusammentrifft, sondern reist auch nach Leningrad und zu Tolstois Geburtsort Jasnaja Poljana. Die gewonnenen Eindrücke hält Zweig in mehreren im Oktober und November 1928 in der *Neuen Freien Presse* publizierten Essays fest. Der liberale Kosmopolit Zweig steht dem sowjetischen Projekt vor als auch nach seiner Reise wohlwollend gegenüber und schreibt für kommunistische Blätter, entfernt sich jedoch spätestens nach Bekanntwerden der Stalin'schen Säuberungen zunehmend davon.⁹

Architektur und Gesellschaft

Es nimmt nicht wunder, dass die Anzahl der vorhandenen Reiseberichte nahezu unüberschaubar ist. Gemein ist ihnen, die gesellschaftlichen und somit ökonomischen Umbrüche anschaulich beschreiben zu wollen. Einige der Texte leisten dies sehr explizit, man möchte geradezu sagen plump. Andere hingegen gehen subtiler vor. Joseph Roth und Stefan Zweig zählen gewiss zu letzterer Kategorie. Freilich nennen beide die gesellschaftlichen Veränderungen, die enormen Aufbauleistungen, die Zäsur ganz konkret und direkt. Auffallend ist jedoch ein spatialer Subtext. Wie zur selben Zeit auch Walter Benjamin oder – einige Jahre später – Oskar Maria Graf, nutzen Zweig und Roth die literarisierte Darstellung von Architektur als Mittel, die neue sozialistische Gesellschaft darzustellen und auch Kritik daran zu üben. Architektur nämlich ist immer auch eine politische Machtdemonstration. Sie ist umbauter Raum wie auch umbaute Zeit und ihre Nutzung sowie Perzeption sind von verschiedenen gesellschaftlichen Faktoren abhängig. Die seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vermehrt im außerrussisch-postsowjetischen Raum zu beobachtenden Demontagen sowjetischer Denkmäler sind ein aktuelles Beispiel dafür. Galten sie vielen zur Sowjet-

zeit noch als Zeugen des Sieges über den Hitlerfaschismus, wurden sie spätestens seit dem Zerfall der UdSSR zu Symbolen der Unterdrückung, welche schließlich aus dem öffentlichen Raum und damit – jedenfalls symbolisch – der kollektiven Erinnerung sukzessive entfernt werden. Gerade in politisch und gesellschaftlich stürmischen Zeiten sind semantische Umdeutungen und damit einhergehend auch neue Praktiken der Raumnutzung vermehrt zu konstatieren.

Mit Blick auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre sind Räume, insbesondere architektonischer Raum, nicht naturgegeben oder konstant, sondern veränderlich. „Jede Gesellschaft [...] produziert einen ihr eigenen Raum.“¹⁰ Unterschiedliche Gesellschaften (hier vor allem in marxistischer Tradition auf Produktionsverhältnisse bezogen) verfügen über sich unterscheidende Raumpraktiken. „Raum ist demzufolge heute immer sozialer Raum [...]“¹¹ Moderne, postfeudale Gesellschaften sind geprägt durch eine genaue Vermessung und schließlich „Kolonialisierung von Raum und Zeit“.¹² Der Raum wird eingeteilt und erhält einen bestimmten Gebrauchswert. Moderner Raum wird bei Lefebvre durch eine dialektisch ineinandergreifende, sich gegenseitig bedingende Trias analysierbar. Sie besteht aus der „räumlichen Praxis“, der „Raumrepräsentation“ sowie den „Repräsentationsräumen“.¹³ Die räumliche Praxis setzt sich aus der in der Regel nicht-reflexiven, sondern habituellen alltäglichen Produktion und Reproduktion der Raumpraxis zusammen, wofür jedes Mitglied der Gesellschaft „eine gewisse Kompetenz als auch eine bestimmte Performanz benötigt“.¹⁴ Ganz wie bei Bourdieu sind diese Raumnutzungspraktiken also soziale Praktiken und wer weiß, wann, wo und wie diese Praktiken eingesetzt werden, partizipiert an einer gewissen Gesellschaftsschicht. Durch Praktiken entstehen soziale Realitäten. Unter der Repräsentation von Raum versteht Lefebvre den „konzeptualisierten Raum“,¹⁵ dessen „ideologisch-kognitiven Aspekt“,¹⁶ der mathematisch durch entsprechende PlanerInnen dargestellt und aufgeteilt wird. Durch die entsprechende Planung und Aufteilung des ar-



Das Hotel „Moskwa“ in Moskau.

chitektonisch umbauten Raums wird eine bestimmte Raumnutzung bedingt. Ergänzt werden diese beiden Aspekte durch so genannte Repräsentationsräume. Es sind „Räume des Ausdrucks, vermittelt über Bilder und Symbole, welche die räumlichen Praktiken und das Gedachte ergänzen“.¹⁷ Erweitert wird diese Trias der Räumlichkeit nun durch eine zweite Trias aus sozialen Verhältnissen. Er nennt hier die Ebenen „der biologischen Reproduktion (die Familie), die der Reproduktion der Arbeitskraft [...] und diejenige der sozialen Produktionsverhältnisse“.¹⁸ Beide Triaden greifen dialektisch ineinander, bedingen ihr Bestehen und ihre Veränderlichkeit. Wandeln sich die Produktionsverhältnisse, wandeln sich auch die anderen beiden sozialen Ebenen und mit ihnen Planung, Nutzung und symbolische Bedeutung des Raums. Dies also macht es verständlich, dass gerade literarisierte Reiseberichte sich (auch) der Architektur bedienen, um die Zäsur, welche durch die Revolution entstand, zu verdeutlichen. Zumal bedacht werden muss, dass gerade zu dieser Zeit die architektonischen Entwicklung und Theorien der UdSSR auch im westlichen Diskurs thematisiert werden.

Sowjetische Realität

Bevor wir uns jedoch der Frage widmen, wie Zweig und Roth Architekturbeschreibungen als Mittel einsetzen, um die Veränderungen in der postrevolutionären Gesellschaft aufzuzeigen, sei ein kurzer Exkurs in Diskurs und Realität der sowjetischen Architektur der Zwischenkriegszeit gestattet, um diese Analyse auch architektur(theorie)geschichtlich einordnen zu können. Mit dem Sieg der Russischen Revolution sieht sich die neue Sowjetmacht mit diversen Problematiken konfrontiert. Nebst all den militärischen, landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pro-

blemen, zählen auch eine technologische wie architektonische Rückständigkeit dazu. Das Moskauer Stadtbild ist geprägt von oftmals zerfallenden zaristischen Bauten und es fehlt selbst in den großen Städten teilweise noch an Elektrizität. Massive Umbaumaßnahmen sind also nötig. Architektur und Sowjetmacht gehen dabei

eine besondere Verbindung ein. ArchitektInnen sehen ihre Zeit gekommen, eine proletarische, revolutionäre Architektur zu realisieren, und die Sowjetmacht will die Gelegenheit nutzen, Architektur „propagandistisch dienstbar zu machen“.¹⁹ Eine einheitliche Linie fehlte dabei allerdings. ArchitektInnen und FunktionärInnen diskutieren in ganz unterschiedliche Richtungen. Manche wollen einen radikalen Bruch und fordern gar die völlige Zerstörung vorherrschender Architektur,²⁰ um einen kompletten Neuaufbau zu beginnen. Andere wollen das vorherrschende, historisch gewachsene Stadtbild erweitern und so ein – etwa im Falle Moskaus – bereits bestehendes historisch-eklektisches Bild fortzeichnen. VertreterInnen formalistischer, funktionalistischer und konstruktivistischer Ideen tragen ihre Dispute in öffentlichkeitswirksamen Zeitschriften, Fachpublikationen und eigenen Broschüren aus. Auffällig ist dabei, dass die zumeist in anderen europäischen Staaten entwickelten Konzepte oft auf radikale, maximale Positionen verschärft werden. Trotzdem die Ideen in nur wenigen Fällen eine tatsächliche, architektonische Realisierung erfahren, werden sie bereits propagandistisch eingesetzt. So ist das sowjetische Areal der Pariser Weltausstellung 1925 Publikumsmagnet einer dort utopisch anmutenden, neuen Architekturwelt.²¹ Zu den – jedenfalls in seiner außerrussischen Wirkmacht – einflussreichsten IdeengeberInnen dieser Zeit kann Nikolaj Miljutin gezählt werden, welcher mit seinem 1930 erschienenen Werk „Sozgorod und die Planung sozialistischer Städte“ einen architekturtheoretischen Bestseller verfasste, der gerade im Westen große Bekanntheit erlangte. Miljutins Text ist die Quintessenz einer Dekade langen Beschäftigung mit russischen wie europäischen Ideen zur wissenschaftlich begründeten, kollektivistischen Bauweise.²² Die Möglichkeit einer individualistischen Lebensweise soll nach den Ideen Miljutins zwar nicht unterbunden, aber eingeschränkt werden. Eine Kollektivierung vieler Lebensbereiche wird angestrebt. Darüber hinaus ist es Miljutins Anliegen, bei der Planung neuer Gebäude nach Möglichkeit naturgegebene Aspekte, wie etwa Topographie und Sonnenverlauf zu nutzen.²³ Hierfür freilich eignen sich die angelegten, völlig durchgeplanten Industriestädte der russischen Provinz besonders gut. Unverkennbar ist die Ähnlichkeit Miljutinscher Ansätze mit denen des Bauhauses. Es verwundert daher auch nicht, dass der zweite Bauhaus-Direktor Hannes Meyer, dazumal noch Marxist-Leninist, für kurze Zeit am 1930 gegründeten Moskauer Architekturinstitut VASI unterrichtet²⁴ und dort mit einigen ebenfalls aus Deutschland in die Sowjetunion gereisten StudentInnen sozialistische Städte, ganz im Sinne Miljutins, planen will.²⁵ Durch die voranschreitende Stalinisierung allerdings werden die meisten dieser Ideen unmöglich und die revolutionäre, wissenschaftlich gedachte Architektur weicht einem traditionellen Klassizismus.²⁶ Es ist bezeichnend, dass das Gros der entwickelten Ideen in der Sowjetunion unter Stalin sukzessive aus dem öffentlichen Diskurs verschwindet, diese dafür jedoch im Westen umso wirkmächtiger werden.

Die Umbaumaßnahmen der frühen Sowjetunion sind, insbesondere in Moskau, von einem stilistischen Wildwuchs geprägt. Grund dafür ist die gebotene Eile aufgrund der massiven gesellschaftlichen Veränderungen. Dazu zählt beispielsweise der massive Bevölkerungszuwachs in den Städten. Zwar hatte man bereits im zaristischen Russland der 1860er Jahre die formale, juristische Auflösung der Leibeigenschaft eingeleitet, doch änderte sich für große Teile der Landbevölkerung wenig, verdingten sie sich nun nämlich in schlecht bezahlter Lohnarbeit und wurden so oftmals zu faktischer Leibeigenschaft durch enorme Verschuldung gezwungen.²⁷ Die Lage änderte sich erst mit der Revolution, was viele nun tatsächlich befreite Teile der Landbevölkerung in die Städte wandern lässt. Offizielle statistische Daten der Sowjetunion geben an, die Bevölkerung Moskaus sei von 1,6 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 1912 auf 2,8 Millionen im Jahr 1931 gewachsen.²⁸ Dies ergibt natürlich einen enormen Wohnungsbedarf, welcher möglichst schnell zu decken ist. Bautätigkeit alleine reicht nicht aus, auch die einer einzelnen

Person zustehende Wohnfläche muss entsprechend reduziert werden. Hinzu kommt eine sich immer weiter zuspitzende Versorgungsnot, welche bereits in zaristischer Zeit eingesetzt hatte, durch Revolution und Bürgerkrieg allerdings noch verschärft wurde. Zur Linderung dieses Zustands wird die von Lenin propagierte NEP – Neue Ökonomische Politik – eingeführt. Sie erlaubt kapitalistische Produktion in begrenztem Maße, sorgt allerdings auch für eine erneute Klassenbildung in der Bevölkerung. In den Städten entwickelte sich der so genannte NEP-Mann; eine Form des UnternehmerInnentums,²⁹ welches auch von AutorInnen wahrgenommen wird.

Auf der Moskauer Straße

Moskau ist in der Zwischenkriegszeit also eine Stadt des ständigen Wandels. Unmengen an Menschen ziehen nach der Revolution in die Hauptstadt, es wird allenthalben abgerissen, neu gebaut, umgebaut und modernisiert. Ein einheitlicher Plan oder eine konsistente Blaupause existieren noch nicht, vielmehr herrscht ein eklektisches Neben- und Miteinander verschiedenster Ansätze und Schulen. Ein Eindruck, dessen auch Joseph Roth gewahrt. Für ihn ist Moskau geprägt durch das Nebeneinander von alt und neu, wobei das Alte mit Siebenmeilenstiefeln überwunden wird und das Neue ungewiss erscheint.

„Das Heute bilden: Holzlatten, abgebrochene Kreuze, zerrissene Häuser, Stacheldraht vor Gärten, neue Gerüste vor halbfertigen Bauten, alte Denkmäler, von Empörung vernichtet, neue, von allzu hastigen Händen erbaut, Tempel, in Klubs verwandelt, noch kein Klub, der einen Tempel ersetzte, zertrümmerte Konvention und eine langsam werdende neue Form. Manches ist allzuneu, funkelnelneu, zu sehr neu, um sehr alt zu werden, es trägt das Zeichen von Amerika an der Stirn – von Amerika, dessen Technik das vorläufige Ziel der neuen russischen Baumeister ist.“³⁰

Roth nutzt hier die Architektur, um den Gegensatz zwischen dem alten, zaristischen und dem modernen, bolschewistischen Russland aufzuzeigen. Interessant ist dabei, dass sich für alle überwundenen Elemente des alten Zarenreichs bereits ein moderner Ersatz findet. Mit Lefebvre gesprochen ließe sich sagen, dass Roth hier vor allem Repräsentationsräume beschreibt. Die alte Gesellschaft wird überwunden und mit ihr auch die alten Repräsentationsräume, wie beispielsweise alte Denkmäler oder Tem-

pel. Genau dieser Umstand wird von ihm allerdings kritisiert. Den modernen Surrogaten nämlich gebietet es – so die strukturkonservative Kritik Roths – an einem historisch gewachsenen kulturellen Substrat als Basis. Die neu entstehende Welt ist ein Provisorium, dem aufgrund der mangelnden historischen Basis nur Technik- und Fortschrittsfetischismus bleiben. Diese an die USA angelehnten, mimetischen Entwicklungen jedoch können für ihn nur „das vorläufige Ziel“ sein, insofern das Experiment lange genug zu bestehen vermag. Roth kritisiert mit seinen Schilderungen die Spontaneität der revolutionären Entwicklungen, bezeichnet sie implizit als unausgegoren und zu amerikanisch, also bürgerlich orientiert. Dem von ihm erlebten Sozialismus fehlt es an neuen sozialen Praktiken, deren Ersatz die zunehmende Technologisierung ist.

Damit jedoch schließt Joseph Roth seine Kritik nicht: „Dennoch empfinde ich die russische Straße grau. Die Masse, die sie bevölkert, ist grau. Sie verschlingt das Rot der Tücher, der Fahnen, der Abzeichen [...]“ (JR 78) Roth inszeniert die Menschenmasse als Kontrapunkt zu Symbolen der Revolution und Propaganda. Während Fahnen rot leuchten und so symbolisch den Sieg des Bolschewismus verkünden, wirkt die Masse erstarrt und grau. Da die Menschenmasse die Moskauer Straßen dominiert, werden auch die Straßen grau. Es findet sich auf ihnen zwar scheinbar lebhaftes Treiben, der Glanz der Revolution allerdings kam abhanden, es herrschen Armut und Gedrücktheit. Die Masse als revolutionäres Subjekt ist verschwunden und mit ihr der Eifer, die bunte Aufbruchstimmung der Revolution. Was in den Mühen der Ebene angesichts dieser Perspektivlosigkeit bleibt, ist also der Aufbruch nach Amerika in eine gesichtslose, geschichtsvergessene Moderne. Roth nutzt den Widerspruch zwischen den neuen Repräsentationsräumen, hier die Hegemonie revolutionärer Symbolik etwa, welche die Straßen architektonisch beherrschen, und den fehlenden neuen sozialen Praktiken, um die Revolution zu kritisieren.

Auch Stefan Zweig widmet sich in seinen Beschreibungen Moskaus den Menschenmassen, kommt dabei aber zu einer



Das Hochhaus am Kotelnitscheskaja-Ufer in Moskau

völlig konträren Einschätzung. „Überall Drängen und Geschwirr, überfülltes, heftiges, vehementes Leben: es sind plötzlich zu viele Menschen in die neue Hauptstadt gegossen worden.“³¹ In seiner Beschreibung wird die Menschenmasse buchstäblich zur Masse, wenn sie in Moskau hineingegossen wird. Die Menschenmasse ist für ihn positiv besetzt – sie ist bunt, geradezu insistierend und bringt das Leben. Grau ist für ihn die Straße selbst: „Dennoch aber, trotz dieser herrlichen Vitalität, wirkt etwas in dieser Straße nicht voll lebhaft mit. Etwas Düsteres, Graues, Schattenhaftes mengt sich ein, und dieser Schatten kommt von den Häusern. Die stehen über diesem verwirrenden phantastischen Treiben irgendwie alt und zermürbt. [...] Und dann – was so besonders eindrucksvoll wirkt: während die Straße rauscht, redet, sprudelt, spricht, stehen die Häuser stumm.“ (SZ 282) Wir finden hier zwei Sichtweisen der Revolution, wie sie divergierender nicht sein könnten. Roth tut sich als Skeptiker hervor, als ein Bewahrer des Alten, dem gerade die schnellen Veränderungen Unbehagen bereiten und der nicht nur die stilistisch widersprüchliche, zwischen zwei Welten stehende Architektur nutzt, Skepsis zu artikulieren, sondern auch die Menschen selbst geradezu architektonisch inszeniert, um eine Stimmung des erloschenen revolutionären Pathos auszudrücken. Zweig hingegen sieht die Widersprüchlichkeit dieser Zeit nicht im Nebeneinander von alter und neuer Architektur. Für ihn repräsentieren die Bauten Moskaus, die er wie Roth gleich zu Beginn seines Besuchs beim ersten Promenieren wahrnimmt, die alte, zaristische Welt. Das Neue, das Revolutionäre fehlt bei Zweig in der Architektur noch. Nicht Bauten sind für Zweig die Träger der Revolution, für ihn sind es die Menschen, die einen lebendigen Gegensatz

zur erstarrten Architektur einer anderen Zeit bilden. Nebst der Menschen und den Gebäuden, bemerken Roth und Zweig auch die noch relativ jungen und ihrer Zahl wenigen Automobile, sowie andere transitäre Architektur, wie beispielsweise Straßenbahnen. Roth schreibt: „Glatt und hurtig sausen [die Trolleybusse] dahin – auf dem furchtbarsten Pflaster der Welt: dem russischen, das wie ein steiniger, festgestampfter Meeresstrand ist“ (JR 77). Ungestört und schnell bewegen sich die hochmodernen Verkehrsmittel also auf der alten, vormodernen Straße. Doch den öffentlichen Verkehrsmitteln und privaten Automobilen gehört die veraltete Straße noch nicht alleine: „Über die stolperigen Pflaster flirren flink die Iswotschniks mit ihren Wägelchen und struppig-süßen Bauernpferdchen, Trambahnen sausen blitzschnell [dahin]“ (SZ 282). Moskau als Stadt des Wandels und Gegensatzes zwischen neu und alt äußert sich auch im Verkehrswesen. Modernste Automobile, Trambahnen und Oberleitungsbusse teilen sich das veraltete Straßenpflaster mit ebenso alten Droschken. Die Moskauer Straße wandelt sich „vom langsamen Droschkengaul zum ratternden Autobus, vom Iswoschtschik zum Chauffeur“ (JR 81). Festzuhalten ist, dass beide Autoren explizit festhalten, wie die moderne Welt auf einem alten Untergrund sich flink fortbewegt. Das ist freilich einerseits als Hinweis auf die technische Rückständigkeit Russlands zu verstehen, andererseits allerdings auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Rückständigkeit des ehemaligen Zarenreichs hin gemünzt. Beide Autoren sind sich des schweren Erbes bewusst, eine stark agrarisch geprägte Gesellschaft schnellstmöglich vorwärtsbringen zu müssen.

Im Museum und Theater

Naturgemäß belassen es beide Autoren nicht dabei, einfach nur durch Moskaus Straßen zu flanieren und das Beobachtete zu schildern. Stefan Zweig zum Beispiel zieht es in Moskaus Museen und Theater. Eine interessante Wahl, sind beides doch zutiefst bürgerliche Institutionen. „Ununterbrochen sind sie von Besuchern durchflutet, Soldaten, Bauern, Volksfrauen, die vor einem Jahrzehnt noch nicht wußten, was ein Museum war, sie alle durchziehen jetzt in breiten, andächtigen Trupps die Schauräume [...]“ (SZ 293) Das uns zuvor bei Zweig bereits begegnete Phänomen der Masse trifft hier nun auf Museen. Auf den ersten Blick ein Widerspruch, denn Museen werden – berühmte Urlaubsdestinationen

in der Hochsaison vielleicht ausgenommen – selten von Menschenmassen „durchflutet“ (SZ 293). Durch die Verknüpfung der Menschenmasse, immerhin noch vor wenigen Jahren revolutionäres Subjekt und Trägerin der russischen Revolution, mit dem Museum als Ort des Bürgertums allerdings, wird hier eine neue Praxis der Rauman eignung ausgedrückt. Die politische Revolution setzt sich sozusagen als proletarische Kulturrevolution fort. Kunstwerke, ehemals Ausdruck einer „Überwelt, [...] gehören [nun] den Massen“ (SZ 293) und das Museum wird zu einem Ort, welcher von eben jenen Massen, einer Naturgewalt gleich, „durchflutet“ wird. In diesem Zusammenhang ist es auch erwähnenswert, was Zweig über die Menge der Museen in Moskau sagt: „Man hat die Palais, die zahllosen Klöster, die Privatwohnungen mit einem Ruck ausgeräumt und die reichsten davon selbst wieder in Museen verwandelt, so daß sich deren Zahl zumindest verdreifacht, wahrscheinlich aber verzehnfacht hat.“ (SZ 291) Stefan Zweig macht hier eine weitere ganz fundamentale Rauman eignung deutlich. Ehemalige Palais, Klöster und Privatwohnungen, sämtlich Privateigentum und repräsentative Zeichen einer bürgerlichen, klerikalen sowie aristokratischen Klasse, wurden „kommunalisiert“ (SZ 292), also enteignet und so umgedeutet, dass sie nun dem Kollektiv gehören. Palais, Klöster und Privatwohnungen sind ursprünglich architektonisch – etwa durch Zäune oder Mauern – klar von der Umwelt abgetrennte Orte, nicht zugänglich für die Öffentlichkeit. In der neuen Gesellschaftsordnung allerdings verlieren sie ihre ursprüngliche Funktion und werden zu Museen, welche wie wir gesehen haben, keine rein bürgerlichen Institutionen mehr sind, sondern Orte des Proletariats und des Kollektivs. Hinzu kommt, dass sich deren Zahl laut Zweig vervielfachte, was erahnen lässt welche hohen Zahlen an Kunstgegenständen enteignet und somit öffentlich zugänglich gemacht wurden. Wir sehen gerade in der Beschreibung der Museen also eine massive Rauman eignung von architektonischen Orten mit ehemals elitärer Bedeutung, hin zu Orten der Masse.

Auch andernorts wird die Nivellierung von sich ehemals architektonisch manifestierenden Klassenverhältnissen beschrieben. So schildert Stefan Zweig einen Theaterbesuch: „Der Unterschied zwischen Parterre, Logen und höchster Galerie restlos aufgelöst, da und dort Arbeiter, Frauen, Fremde, Soldaten und die

spärlichen Reste der Exbürgerschaft, alles farblos und vollkommen durcheinander gemischt. [...] Aber was dieses Bild des Zuschauerraumes an Buntheit verliert, gewinnt es an Einheitlichkeit. Nirgends habe ich das Publikum eines Theaters dermaßen als grauen, metallischen Block, als Meer, als Masse zusammengeschmiedet empfunden, wie dort in den Theatern der verlorengegangenen Eleganz. Gewiß: der Zuschauerraum liegt im Schatten der Gleichgültigkeit und Alltäglichkeit, er wirkt unfestlich, bloß als dicht angefüllter Menschenraum, aber eben darum stelle man sich vor, wie scharf, wie verwirrend, wie zauberhaft dann der Kontrast wird, wenn hinter der Rampe dann die doppelt wirkende Magie [...] auftaucht.“ (SZ 303) Klassenunterschiede lassen sich durch das Theater besonders gut architektonisch darstellen. Während separierte Logen den pekuniär und damit sozial Bessergestellten zur Verfügung stehen, sind Stehplätze in den hintersten Reihen noch am erschwinglichsten und ziehen eben jenes Publikum an. Es tut sich ein Klassengefälle zwischen oben und unten, hinten und vorne auf. Im Moskau des Jahres 1928 allerdings hat die Masse Besitz vom Theater ergriffen und entsprechende Unterschiede sind aufgelöst. Stattdessen zeigt sich das graue Bild einer Masse, welches den Zuschauerraum des Theaters vom Schau- und Repräsentationsraum einer höheren Klasse, in den Menschenraum der Masse verwandelt. Der Besuch des Theaters findet ob der aufgeführten Stücke, ob eines Bildungsinteresses statt und hat jegliche repräsentative Funktion verloren. Man flaniert nicht mehr ins Theater, um sich zu präsentieren, man besucht es, um sich zu bilden. Zweig benennt hier also völlig neue soziale Praktiken.

Roter Platz und Lenin-Mausoleum

In den Reisetexten dieser Zeit unübersehbar ist die Propagandafunktion der Architektur. Sie beeindruckt die Reisenden durch ein klerikal anmutendes Moment oder etwa durch ihre schier unvorstellbare Größe, ihre geradezu verschwenderische Raumnutzung, wodurch sie auch zu einem Ausdruck von Machtfülle wird. Um die Propagandafunktion von Architektur darzustellen, bedient sich Stefan Zweig des Lenin-Mausoleums sowie eines alten, orthodoxen Heiligtums. Bereits den Abschnitt über das Mausoleum betitelt er mit „Das alte und das neue Heiligtum“ (SZ 288). Zweig

zeigt damit den Gegensatz der früheren, kirchlichen Macht und der neuen, bolschewistischen auf: „Vierzig Schritte sind sie voneinander entfernt, das alte und das neue Heiligtum Moskaus, das Heiligenbild der iberischen Muttergottes und das Grabmal Lenins. Das alte, rauchgeschwärzte Heiligenbild steht unbekümmert wie seit unzähligen Jahren in einer kleinen Kapelle zwischen den beiden Durchgängen des Tores, das zum Roten Platz führt. Unnennbare Scharen pilgerten früher hierher [...]. Nun steht nebenan die warnende Inschrift der neuen Regierung: ‚Die Religion ist Opium fürs Volk.‘ Aber deshalb ist das alte Volksheiligtum doch unverletzt geblieben, der Zugang jedermann gestattet, und tatsächlich sieht man auch immer einige alte Weiblein auf den Steinen knien oder im Gebet ausgestreckt [...].“ (SZ 288f.) Zweigs Schilderung des orthodoxen Heiligtums der „iberischen Muttergottes“ konzentriert sich darauf, dessen Alter hervorzuheben. Das Heiligenbild ist „alt“, „rauchgeschwärzt“ und steht dort „wie seit unzähligen Jahren“. Diese Beschreibung drückt Unbeweglichkeit und verlorenen Glanz aus, denkt man daran, wie farbenfroh orthodoxe Ikonen eigentlich sind. Hier allerdings ist das Heiligenbild bereits „rauchgeschwärzt“ und seine ursprüngliche Polychromie kaum noch erkennbar. Flankiert wird das orthodoxe Heiligtum mit einem Machtausdruck der neuen Regierung, der „warnende[n] Inschrift“, die Religion sei „Opium fürs Volk“. Auch Joseph Roth berichtet von dieser Inschrift und fügt hinzu, der „Spott [sei] schon die schärfste Waffe, die der Staat gegen die Kirche verwendet“ (JR 96). Ein Bildersturm erfolgte also nicht, stattdessen entschied man sich dazu, bestehende Architektur durch propagandistische Botschaften zu ergänzen und dadurch ein sakrales Moment zu schwächen. Es ist auffällig, wie das einstige Heiligtum nicht nur von einer warnenden Inschrift, sondern ebenso vom neuen Heiligtum umgeben ist. Zwei Heiligtümer, ein altes und ein neues, in unmittelbarer räumlicher Nähe zueinander am Roten Platz, den Zweig als „Herz Rußlands“ (SZ 286) titulierte. Der Ort für das Lenin-Mausoleum ist für propagandistische und demonstrative Zwecke gut gewählt. Die Schilderung des Lenin-Mausoleums steht bei Zweig im völligen Gegensatz zu seiner Beschreibung des alten Heiligtums: „[...] die wirkliche Masse pilgert zum neu aufgerichteten Heiligtum, dem Grabmal Lenins. In sechs- oder siebenfacher, gewundener Schlange stehen die Men-



Der 1927 fertiggestellte Werksklub „Kautschuk“ in Moskau

schen angereicht, Bauern, Soldaten, Volksfrauen, Dorfweiber, ihre Kinder auf dem Arm, Kaufleute, Matrosen – ein ganzes Volk, hergekommen aus der unendlichen russischen Welt, das seinen vom Schicksal gefällten Führer im künstlichen Schein eines Lebens noch einmal sehen will. Geduldig stehen sie, die Hunderte, die Tausende, angereicht vor dem modernen, ein wenig schachtelhaften, sehr einfachen und symmetrischen Bau aus rotem kaukasischem Holz, der selbst völlig schmucklos, nur mit den fünf Buchstaben LENIN bestirnt ist. Und man fühlt, hier wirkt sich dieselbe Frömmigkeit desselben glaubensfanatischen Volkes aus, die sich dort drüber niederwirft vor dem Bildnis der Madonna, nur hat eine geschickte Hand mit energischem Ruck sie vom Religiösen ins Soziale gewandt, Führerverehrung statt des Heiligendienstes.“ (SZ 288f.) Es sind Menschen aus sämtlichen Volksschichten, die das Lenin-Mausoleum besuchen, wobei er mit „pilgern“ nochmals klar macht, wie dieses neu errichtete Gebäude offenbar die alten Kirchen ersetzt. Wir erinnern uns dabei natürlich an Joseph Roth, der genau das zu Beginn seiner Schilderungen kritisierte. Zweig bemerkt ebenfalls, wie alte durch neue Heiligtümer ersetzt werden, findet dies jedoch keineswegs würdig zu schelten, sondern zeigt vielmehr Verständnis dafür, wenn er erwähnt, wie hier den Bedürfnissen eines ausgesprochen gläubigen Volkes Rechnung getragen wird. Das Lenin-Mausoleum ist ein „neu aufgerichtetes Heiligtum“, ein Pilgerort für das Gros der Bevölkerung. Architektonisch allerdings verhält sich dessen Ausschmückung völlig konträr zu jenen orthodoxer Kirchen. Strotzen letztere vor Prunk, Ikonen und Kerzenlicht, ist das Lenin-Mausoleum zur Zeit des Besuchs von Zweig noch ein „sehr einfache[r] und symmetrische[r] Bau aus rotem kau-

kasischem Holz, [...] selbst völlig schmucklos“ und nur mit „LENIN“ überschrieben. In der Beschreibung der innenarchitektonischen Ausgestaltung des Mausoleums schildert Zweig, wie man zum Sarg „hinabschreiten soll“ (SZ 289) und Lenin dort „hellerleuchtet“ (SZ 290) zum Zentrum einer Inszenierung wird. Nicht mehr Ikonen, nicht mehr Gold und Prunk sind das Zentrum des neuen Heiligtums, sondern Lenin selbst, wie er mit Hilfe modernster Techniken in einem lebensecht anmutenden Zustand gehalten und durch künstliches Licht als einziges illuminiert wird.

Joseph Roth und das Bürgertum

Architektonisch sich ausdrückende Klassenunterschiede wurden nivelliert, umgedeutet, umfunktioniert. Die Frage ist also, ob sich im postrevolutionären Moskau Klassenunterschiede überhaupt noch architektonisch manifestieren? Zweig hat dafür keinen eindeutigen, scharfen Blick, Roth dafür jedoch umso mehr: „Wer leuchtet mir von den Plakatwänden entgegen? – Der „Maharadschah“. Mitten in Moskau! [...] Die Häuser, in denen sie gespielt werden, sind überfüllt. [...] In den Auslagen der wenigen Frauen-Mode-Läden hängen alte Kostüme, lange, breite Glockenformen. Bei den Modistinnen kann man die ältesten Hutformen sehen. Auf den Köpfen der Bürgerinnen auch. [...] Ich ging in den Maharadschah, um zu sehen, wer ihn besuchte: [...] Es kam die alte, geschlagene Bourgeoisie. [...] Ich spreche jetzt vom alten russischen Bürger. Denn schon wächst ein neuer heran. [...] Stark, lebendig, aus einem ganz andern Material als sein Vorgänger, ein Freibeuter halb und halb ein Händler, trägt er mit einem gewissen Trotz seinen Namen: Nepmann, der im ganzen Land und jenseits der Grenzen einen degradierenden Klang hat.“ (JR 43f.)

Joseph Roth verdeutlicht mit dieser Beschreibung der außenarchitektonischen Plakatwände sowie der Beschaffenheit von Schaufenstern das konservative, rückwärtsgewandte Element der russischen Bourgeoisie, welche zwar keine politische Macht mehr zu haben scheint, indes jedoch gesellschaftlich zumindest noch nicht ganz verschwunden ist. Trotz der nach Moskau strömenden proletarischen Massen, ist es das noch vorhandene ehemalige Bürgertum, welches das modische sowie unterhaltungskulturelle Leben zumindest mitbestimmt und nicht nur ein Refugium für sich schuf. Eine gewisse Definitionsmacht äußert sich architektonisch durch Plakatwände und Auslagen. Nebst des alten Bürgertums allerdings entsteht ein neuer Typus von Bürger: Der NEP-Mann. Auch Zweig bemerkt ihn an einigen Stellen kritisch. Auffallend ist, dass Roth dieser neuen Form des Bürgertums keine architektonische Sphäre bildet. Zu neu ist diese ökonomisch bedingte Erscheinung, als dass sie sich architektonisch bereits manifestieren konnte, für sich entsprechende räumliche Praktiken herausbildete.

Zwischen Pessimismus und Enthusiasmus

Joseph Roth und Stefan Zweig sind beide darum bemüht, ihre Reiseberichte jenseits jeglicher Verklärung abzufassen. Dabei indes stehen sie an unterschiedlichen Enden des Spektrums. Während Roth Pessimist und Kritiker der sowjetischen Umwälzungen ist, zeigt sich Zweig als Enthusiast und Fürsprecher. In beiden Texten spielt Architektur eine wesentliche Rolle, um die gesellschaftlichen Umbrüche darzustellen. Sie wird dabei geschickt in Szene gesetzt, wenn Roth etwa revolutionäre Symbolik zu einem primären Element seiner Darstellung Moskauer Straßen macht. Auch Zweig nutzt diese nach Lefebvre als Repräsentationsräume zu bezeichnenden architektonischen Elemente, um die neuen Herren im Haus kenntlich zu machen. Für beide ist Moskau eine horizontale, keine vertikale Stadt. Letztere kennzeichnet sich – man denke an Thea von Harbous Roman „Metropolis“ – dadurch, dass Klassenunterschiede sich in der Höhe sichtbar machen. Wohnungen oben für die Reichen, im Souterrain für die Armen. In Moskau, einer scheinbar horizontalen Stadt, differenzieren sich die wenigen Klassenunterschiede ebenerdig aus, wenn man an die von Roth beschriebenen Schaufenster der Moskauer Bürgerlichen denkt. Festzuhalten ist, dass

beide Autoren dem historisch bedingten stilistischen Wildwuchs in ihren Beschreibungen Rechnung tragen, Ideen eines Miljutins allerdings völlig fehlen. Es zeigt sich, dass die weiter oben beschriebenen architekturtheoretischen Diskurse theoretischer Natur blieben. Nebst all den Gemeinsamkeiten der Architekturdarstellung beider Autoren ist jedoch ein wesentlicher Unterschied zu konstatieren. Bei Roth sind es vor allem die Gebäude selbst, die von der Revolution kündigen. Der Versuch die alte Gesellschaft zu überwinden und eine neue, egalitäre Welt aufzubauen, wird bei ihm zuvorderst architektonisch ausgetragen. Die Menschen in den Straßen sind für Roth bestenfalls Staffage.

Stefan Zweig hingegen lässt die Architektur Kulisse sein für völlig neue Praktiken der Raumnutzung und Aneignung. Für ihn ist die Revolution lebendig und verkörpert durch die Menschen, die er als eine geradezu unaufhaltsame Masse erlebt. Die alte Architektur muss überwunden werden, wofür es zwei Strategien gibt: Einerseits ist es die Errichtung neuer, repräsentativer Architektur wie im Falle des Lenin-Mausoleums, oder aber es entwickeln sich neue Praktiken, den bestehenden, zur hierarchischen Nutzung gedachten Raum egalitär einzusetzen. Joseph Roth also inszeniert den Kampf zweier Gesellschaftssysteme mit der Architektur als Akteur und den Menschen als Komparsen, während Zweig Architektur zur Kulisse dieses Kampfes macht, die von den Akteuren, Menschen also, ausgefüllt wird.

Anmerkungen:

- 1/ Einen generellen Überblick bietet: Bernhard Furler: Augen-Schein: Deutschsprachige Reportagen über Sowjetrußland 1917–1939. Frankfurt/M. 1987.
- 2/ Thomas Möbius: Revolutions- und Utopietourismus. Sowjetunionreisende der 1920er und 1930er Jahre, in: ders./Anna Sator: Revolutions- und Utopietourismus in die Sowjetunion der 1920er/1930er Jahre. Teil 1 einer Analyse von Berichten Reisender aus Deutschland. Berlin 2020 (Pankower Vorträge, Heft 231), S. 3f.
- 3/ Vgl. Sigrun Bielfeldt: Moskau. Der literarische Führer. Leipzig 1993, S. 349.
- 4/ Vgl. Alexander W. Belobratow: Traum und Trauma: Literarische Russlandreisen der 1920er Jahre bei Joseph Roth, Leo Perutz und Stefan Zweig, in: Johann Holzner/Stefan Simonek/Wolfgang Wiesmüller (Hg.): Russland – Österreich. Literarische und kulturelle Wechselwirkungen. Bern 2000, S. 223.
- 5/ Vgl. Sigrun Bielfeldt: Moskau. Der literarische Führer. Leipzig 1993, S. 347.

6/ Vgl. Alexander W. Belobratow: Traum und Trauma: Literarische Russlandreisen der 1920er Jahre bei Joseph Roth, Leo Perutz und Stefan Zweig, in: Holzner/Simonek/Wiesmüller (Hg.): Russland – Österreich, S. 226.

7/ Vgl. Jan Bürger: Die rote Desillusionierung, in: Joseph Roth: Reisen in die Ukraine und nach Russland. München 2022, S. 130.

8/ Konstantin Asadowski: Russisch-deutsche Verflechtungen, Paderborn 2022, S. 300.

9/ Vgl. Klemens Renoldner: Biografie, in: Arturo Larcati/Klemens Renoldner/Martina Wörgötter (Hg.): Stefan-Zweig-Handbuch. Berlin/Boston 2018, S. 27.

10/ Henri Lefebvre: Die Produktion des Raums, in: Jörg Dünne/Stephan Günzel (Hg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt/M. 2006, S. 330f.

11/ Martina Löw/Silke Steets/Sergej Stöetzer: Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Opladen/Farmington Hills 2008, S. 52.

12/ Ebd.

13/ Lefebvre: Die Produktion des Raums, S. 333.

14/ Ebd.

15/ Löw/Steets/Stöetzer: Einführung, S. 53.

16/ Ebd.

17/ Ebd. S. 54.

18/ Lefebvre: Die Produktion des Raums, S. 332.

19/ Hanno-Walter Kruft: Geschichte der Architekturtheorie. München 1985, S. 481.

20/ Vgl. ebd.

21/ Vgl. ebd., S. 488

22/ Vgl. Dmitrij Chmel'nizki: Nikolaj Miljutins „Sozgorod“ vor dem Hintergrund der sowjetischen Geschichte, in: ders. (Hg.): Nikolaj Miljutin: Sozgorod und die Planung sozialistischer Städte. Berlin 2018, S. VI.

23/ Vgl. ebd., S. XII f.

24/ Vgl. Tatiana Efrussi: „Proletarischer Architektur-Ingenieur“: Hannes Meyer an der Moskauer Hochschule VASU, in: Philipp Oswald (Hg.): Hannes Meyers neue Bauhauslehre. Von Dessau bis Mexiko. Berlin/Boston 2019, S. 366.

25/ Vgl. Norbert Korrek: Konrad Püschel – Städtebauer in der Sowjetunion, Nordkorea und der DDR, in: Oswald (Hg.): Bauhauslehre, S. 483ff.

26/ Vgl. Kruft: Architekturtheorie, S. 490.

27/ Vgl. Valentin Gitermann: Die Lage der russischen Bauern nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, in: *Rote Revue. Sozialistische Monatsschrift*, Band 28. Zürich 1949, S. 66f.

28/ Vgl. Lasar Moissejewitsch Kaganowitsch: Die sozialistische Rekonstruktion Moskaus und anderer Städte der UdSSR. Moskau 1931, S. 18.

29/ Vgl. Charles Bettelheim: Class struggles in the USSR. First period: 1917–1923. New York/London 1976, S. 478ff.

30/ Joseph Roth: Reisen in die Ukraine und nach Russland, hg. von Jan Bürger. München 2022. Fortan im Fließtext als JR zitiert.

31/ Stefan Zweig: Auf Reisen. Frankfurt am Main 2011. Fortan im Fließtext als SZ zitiert.

Zwischen politischen und ökonomischen Interessen: (K)eine KZ-Gedenkstätte in Hirtenberg?

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

In Hirtenberg, einer Kleinstadt am Eingang des Triestingtals rund 30 Kilometer südwestlich von Wien, befand sich das zweitgrößte Frauen-Konzentrationslager auf dem Gebiet des heutigen Österreich. Über 400 weibliche Häftlinge mussten hier für die Hirtenberger Patronenfabrik Zwangsarbeit leisten. Jahrzehntlang kaum beachtet, erfuhr dieses Außenlager des KZ Mauthausen zuletzt große mediale Aufmerksamkeit. Während im April 2024 wenige hundert Meter vom ehemaligen Lagergelände entfernt ein Denkmal errichtet wurde, liefen bereits die Vorbereitungen für den Bau eines Gewerbeparks auf dem Areal, wodurch die verbliebenen Relikte zerstört zu werden drohen.

Einrichtung des Frauen-Konzentrationslagers

Die bereits um 1860 gegründete Hirtenberger Patronenfabrik wurde kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs „arisiert“ und von der nationalsozialistischen Wilhelm-Gustloff-Stiftung übernommen.¹ Ihr früherer Eigentümer, der prominente Industrielle und Unterstützer der Heimwehren Fritz Mandl, hatte das Unternehmen zu einem der bedeutendsten sowie bekanntesten Rüstungsunternehmen Österreichs gemacht. 1933 war die Patronenfabrik der Umschlagplatz von (illegalen) Waffenlieferungen des faschistischen Italiens in das verbündete Ungarn. Diese von sozialdemokratischen Arbeitern aufgedeckte „Hirtenberger Waffenaffäre“ löste internationale Spannungen aus. 1935/1936 zählte die Fabrik bereits rund 3.800 Beschäftigte und stellte eine Million Patronen täglich her.² Nach der NS-Machtübernahme wurde die Produktion erneut erheblich ausgeweitet. Das Werk gehörte im NS-Regime zu den Hauptproduzenten von Munition auf dem Gebiet des heutigen Österreich.³ Um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, wurden im Verlauf des Krieges auch in Hirtenberg mehrere tausend ZwangsarbeiterInnen, vorwiegend Frauen aus der Ukraine, sowie Kriegsgefangene eingesetzt.⁴ Nur durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft insbesondere osteuropäischer „FremdarbeiterInnen“ konnte die NS-Kriegswirtschaft aufrechterhalten werden.

Schließlich wurden zusätzlich männliche und insbesondere ab 1944 auch weibliche KZ-Häftlinge in der (Rüstungs-)Produktion eingesetzt, um deren Zuteilung zum Arbeitseinsatz sich die Firmenleitung der Hirtenberger Gustloff-Werke Mitte 1944 bemühte. Dabei sprach sich der Werksdirektor dezidiert gegen jüdische Häftlinge aus: „Falls es sich irgendwie einrichten lässt, möchten wir Sie bitten, jüdische weibliche KZ-Häftlinge möglichst zum Einsatz hier nicht vorzusehen.“⁵ Im darauffolgenden Monat begann die Einrichtung eines Konzentrationslagers in Hirtenberg. Zu diesem Zweck wurden mehrere Baracken innerhalb des bereits bestehenden, einige hundert Meter von der Fabrik entfernten ZwangsarbeiterInnen-Lagers („Am Weinberg“) räumlich abgetrennt. Am 28. September 1944 trafen die ersten Häftlinge in Hirtenberg ein. Es waren 391 Frauen, die aus Auschwitz überstellt worden waren.⁶ Nachgewiesen ist auch die Ankunft eines zweiten Transports mit elf weiteren weiblichen Häftlingen am 27. November 1944. Drei der Frauen wurden aus Auschwitz, die übrigen acht aus Ravensbrück nach Hirtenberg überstellt. Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr gehen davon aus, dass diese elf Häftlinge als Sanitätspersonal eingesetzt werden sollten. Die sich daraus ergebende Gesamtzahl von 402 Personen stellt die Untergrenze dar, denn möglicherweise fanden noch weitere Transporte nach Hirtenberg statt.⁷ Der meisten Häftlinge stammten aus der Sowjetunion (rund 48 Prozent), Italien (rund 25 Prozent, darunter auch Sloweninnen aus dem von Italiern besetzten Teil des Landes) und Polen (rund 24 Prozent). Mit nur einzelnen Ausnahmen galten alle als politische Häftlinge („Schutzhäftlinge“). Der Altersdurchschnitt lag bei rund 23 Jahren. Die Jüngsten waren gerade 16, die älteste der Frauen 58 Jahre alt.⁸ Außerhalb Mauthausens befand sich damit in Hirtenberg nach dem KZ Lenzing das zweitgrößte Frauen-Konzentrationslager auf dem Gebiet des heutigen Österreich. Zehn der in Hirtenberg internierten und bis zur Befreiung verstorbenen Häftlinge sind namentlich bekannt.⁹ Bewacht von 25 SS-Angehörigen sowie, im Innenbereich des Lagers, von Aufseherinnen,

mussten die Häftlinge täglich den Weg zu den 1940 fertiggestellten Produktionsstätten im dichten Wald auf dem Lindenberg oberhalb des Ortes zurücklegen, um in Zwölfstunden-Schichten dieser gefährlichen Arbeit nachzugehen. Die sieben ehemals in Hirtenberg inhaftierten Frauen, die im Rahmen des von 2001 bis 2003 durchgeführten *Mauthausen Survivors Documentation Project* interviewt werden konnten, berichteten von häufigen Explosionen bei der Munitionsverfertigung auf dem Lindenberg.¹⁰ Bis zur Evakuierung des Lagers verstarben mindestens zwei der Frauen, die 19-jährige Walentina Gulja und die 23-jährige Štefanija Rojic. Bemerkenswerterweise wurden die Namen beider Frauen auf dem Grabstein des „Kriegergrabes“ im Ortsfriedhof verzeichnet – zusammen mit den gefallenen Hirtenberger Soldaten des Ersten Weltkriegs, des Zweiten Weltkriegs, „2 SS-Männer[n]“, einem sowjetischen („russischen“) Soldaten sowie vermutlich mit den ums Leben gekommenen Zwangsarbeitern. Dabei sind weder die Namen der beiden verstorbenen Frauen auf dem Grabstein korrekt wiedergegeben,¹¹ noch befinden sich ihre sterblichen Überreste in diesem Grab. Štefanija Rojics Leiche wurde 1957 exhumiert und in die Gedenkstätte Mauthausen überführt. Walentina Gulja war zu keinem Zeitpunkt im Ortsfriedhof begraben. Sie wurde „seinerzeit neben einem alten Hühnerstall vor einem Misthaufen verscharrt. Der Leichnam war nicht auffindbar.“¹²

Anfang April 1945 wurden die in Wien und Umgebung gelegenen KZ-Außenlager aufgelöst. Die Häftlinge wurden in Richtung Westen, teilweise nach Steyr und weiter nach Gusen, zumeist aber nach Mauthausen getrieben.¹³ Auch die „Hirtenbergerinnen“ mussten sich auf den rund 170 Kilometer langen „Evakuierungsmarsch“ in das Konzentrationslager Mauthausen begeben. Sieben sowjetische politische Häftlinge überlebten diese Strapazen nicht. Sie wurden von der SS ermordet. 48 Frauen gelang es, ihren BewacherInnen zu entkommen.¹⁴ Die anderen Frauen, die am 18./19. April in Mauthausen ankamen, wurden trotz der mittlerweile herrschenden chaotischen Zustände Arbeits-

kommandos zugewiesen. Bis zur Befreiung des KZ Mauthausen knapp zwei Wochen später starb noch eine weitere der Frauen aus Hirtenberg.¹⁵

Die Produktionsanlagen auf dem Lindenberg wurde schließlich durch die sowjetische Armee gesprengt.¹⁶ Dennoch sind bis heute Relikte, insbesondere Fundamentreste und betonierte Versorgungskanäle, im Wald zu finden. Die Munitionsfabrik im Ort wurde zunächst als ehemaliges „Deutsches Eigentum“ unter sowjetische Verwaltung gestellt und 1957 dem früheren Eigentümer restituiert.¹⁷ In der heutigen *Hirtenberger Defence Europe GmbH*, dem Nachfolgeunternehmen der Hirtenberger Patronenfabrik, werden nach wie vor Waffen produziert. Die Firma ist eine der größten Arbeitgeber des Triestingtals. Am ehemaligen Lagergelände selbst wurden die Baracken nach der Befreiung entfernt. Wenngleich das Areal in den folgenden Jahrzehnten anderweitig genutzt wurde, blieb es unverbaut.

Staatliche Geschichtspolitik an KZ-Außenlagern

Nach 1945 bestand von staatlicher Seite jahrzehntelang kaum Interesse daran, die Relikte von NS-Massenverbrechen zu sichern und Denkmäler oder gar institutionalisierte Gedenkstätten an Orten ehemaliger Konzentrationslager zu errichten. Die Etablierung einer Gedenkstätte in Mauthausen 1949 ging auf eine Verpflichtung gegenüber der Sowjetunion zurück. So wurden die baulichen Überreste der Außenlager trotz deren historischer Bedeutung für das Funktionieren des NS-Wirtschafts sowie trotz des Leidens zehntausender Häftlinge an diesen Orten zumeist entfernt oder anderweitig genutzt. Erst mit dem Ende des Opfermythos als Staatsdoktrin und der Europäisierung des Gedenkens an die Massenverbrechen des NS-Regimes erhöhte sich das staatliche Interesse an der Gedenkstätte Mauthausen und infolgedessen auch an dessen Außenlagern deutlich. NS-Gedenkstätten wurden auch in Österreich von gesellschaftlich marginalisierten Einrichtungen zu „staatstragenden Lernorten.“¹⁸ Aufgrund der internationalen Reaktionen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 erhielt diese Entwicklung in Österreich eine besondere Dynamik. Zu den zahlreichen geschichtspolitischen Aktivitäten der ÖVP/FPÖ-Regierung zählten erste Schritte zur Umsetzung der von HistorikerInnen und Opfernverbänden seit langem geforderten Reform der Gedenkstätte

Mauthausen und damit auch den Beginn einer verstärkten Hinwendung zu den ehemaligen Mauthausener Außenlagern. Die seither gesetzten Maßnahmen beinhalten etwa die Errichtung eines Besucherzentrums an der Gedenkstätte Gusen 2004, die Pacht des ehemaligen Lagergeländes Loibl Süd durch das Innenministerium 2008 sowie die Verabschiedung des Gedenkstättengesetzes im Jahr 2016. Letzteres bedeutete die Ausgliederung der Gedenkstätte Mauthausen aus dem Bundesministerium für Inneres. Die „Bewahrung und Förderung des Gedenkens“ auch an sämtlichen Orten ehemaliger Außenlager auf dem Gebiet des heutigen Österreich, also sowohl jene des KZ Mauthausen als auch jene des KZ Dachau (welche zumeist wenig Aufmerksamkeit erfahren), wurde dabei als eine der Aufgaben der neu geschaffenen Bundesanstalt KZ-Gedenkstätte Mauthausen gesetzlich verankert. Beim gegenwärtig größten Projekt am Ort eines ehemaligen Außenlagers handelt es sich um die umfangreiche Erweiterung der Gedenkstätte Gusen.¹⁹ Auch die aktuelle ÖVP-SPÖ-NEOS-Bundesregierung hat den „Ausbau der Gedenkkultur in den Regionen und Unterschutzstellung und Sichtbarmachung von Orten der NS-Verbrechen“ im Regierungsprogramm verankert.²⁰ Ein „verstärkter Fokus auf die über 40 Außenlager des ehemaligen KZ-Mauthausen“ hätte auch, wie dem geleakten Verhandlungsprotokoll zu entnehmen ist, Eingang in das Regierungsprogramm einer FPÖ-ÖVP-Koalition gefunden. Die entsprechende Passage war bereits als grün gekennzeichnet, es konnte also bereits eine Einigung erzielt werden.²¹

Projekt Gedenkstellen und die Zerstörung von Überresten

Die Bemühungen lokaler Gedenkinitiativen, die sich insbesondere ab den späten 1980er Jahren an vielen Orten ehemaliger KZ-Außenlager gegründet hatten, wurden mit diesen geschichtspolitischen Verschiebungen vermehrt von staatlicher Seite aufgegriffen und (finanziell) unterstützt. Dies führte zur Errichtung von Gedenkzeichen und teilweise von (institutionalisierten) Gedenkstätten sowie zur Etablierung pädagogischer Angebote. So werden durch das *Mauthausen Komitee Österreich* (MKÖ) seit 2012 an 20 Orten ehemaliger Außenlager Rundgänge angeboten, darunter auch in Hirtenberg.

Der ehemalige Schuldirektor Erich Strobl ist seit vielen Jahren um eine Aufarbeitung bemüht. Zuletzt fanden sich

mehrere Personen zur *Initiative KZ-Gedenkstätte Mauthausen-Außenlager Hirtenberg* zusammen, die mit der Gedenkstätte Mauthausen bei der Errichtung der „Außenlager-Stele“ kooperierten. Dieses Denkmal war von der Gedenkstätte Mauthausen unter Einbindung lokaler Gedenkinitiativen in einem partizipativen Verfahren entworfen worden.²² Die Stelen dienen der einheitlichen Kennzeichnung der Orte ehemaliger Außenlager. Sie sind in Form von über vier Meter hohen Säulen gestaltet, die aus den ‘Häftlings-Winkeln‘ nachempfundenen aufeinander aufliegenden Betonprismen bestehen. Auf diesen Prismen sind die Ortsnamen, die Entfernung und die Richtung der Standorte sämtlicher anderer ehemaliger Außenlager sowie zum „Stamm lager“ angeführt. Die jeweiligen Himmelsrichtungen werden durch die Ausrichtung des jeweiligen Betonprismas angezeigt. Die erste „Außenlager-Stele“ wurde im Mai 2023 an der Gedenkstätte Melk errichtet, gefolgt von Günskirchen, Hirtenberg und St. Ägyd im Jahr 2024. Ziel ist es, an allen Orten ehemaliger Außenlager sowie in Mauthausen ein solches Denkmal zu errichten.

Im November 2024, rund ein halbes Jahr nach der Errichtung der Gedenkstelle in Hirtenberg, wurde durch Recherchen von *Falter* und *Wiener Zeitung* öffentlich bekannt, dass auf dem Areal des ehemaligen KZ Hirtenberg, welches sich auf dem Gemeindegebiet des Nachbarortes Leobersdorf befindet, ein Gewerbepark gebaut werden soll. Die Immobilien-Firma des Leobersdorfer Bürgermeisters Andreas Ramharter (*Liste Zukunft Leobersdorf*) hatte das Grundstück im Jahr 2021 gekauft und schließlich an ein Bauunternehmen weiterverkauft, bevor der Gemeinderat das Grundstück durch eine Umwidmung aufwertete, wie die beiden Medien berichteten.²³ Bereits 2021 nahm die Gedenkstätte Mauthausen unter anderem Kontakt mit Ramharter auf und versuchte, „für das Areal des ehemaligen Frauen-KZ Hirtenberg und die darauf befindlichen baulichen Relikte eine ihrer historischen und moralischen Bedeutung angemessene Bewertung zu erwirken.“²⁴ Ungeachtet der Bemühungen der Gedenkstätte Mauthausen hielten Grundstückseigentümer wie Gemeinde an dem Bauvorhaben fest, was große mediale Aufmerksamkeit hervorrief. Vonseiten des Bundesdenkmalamtes wurde festgehalten, dass die unter der Erde befindlichen Reste des ehemaligen Lagers „im Sinn

des Denkmalschutzgesetzes nicht ausreichend [sind], um sie unter Denkmalschutz zu stellen“, wenngleich dadurch „selbstverständlich nicht aus[geschlossen wird], dass aus anderen Gründen, etwa im Rahmen der Flächenwidmung und der Nutzung, die Geschichte des Ortes besonders berücksichtigt wird.“²⁵ Vonseiten der Hirtenberger Defence Europe sind keine Bemühungen bekannt, die Zerstörung der Überreste zu verhindern, doch es erfolgte zivilgesellschaftlicher Proteste verschiedener Akteure. So hielten der *KZ-Verband/VdA Niederösterreich* und Wien gemeinsam mit der Gewerkschaftsorganisation *AUGE Jugend* Ende November 2024 eine Mahnwache am ehemaligen Lagergelände ab.²⁶ Im Dezember veröffentlichten die Gedenkstätte Mauthausen, das MKÖ, die Israelitische Kultusgemeinde sowie die lokale Gedenkinitiative einen gemeinsamen Appell, „die Bauabsichten hintanzustellen und umgehend mit allen Beteiligten und Interessensvertretern in einen Dialog zu treten, um gemeinsam zu erarbeiten, wie die Geschichte des Ortes sichtbar und ein angemessenes, würdiges Gedenken an die Opfer des Frauen-KZ Hirtenberg vor Ort möglich gemacht werden kann.“²⁷ Eine von Daniel Landau initiierte Unterschriftenaktion mit der an Bundesinnenminister Gerhard Karner adressierten Forderung, den Bau des Gewerbeparks zu verhindern und eine Gedenkstätte einzurichten, wurde bis Anfang Februar von über 13.500 Menschen unterzeichnet. Wenngleich die Vorarbeiten zur Bebauung bereits begonnen hatten, wurde Ende 2024 mit der Gemeinde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen, um andere Möglichkeiten eines würdigen Gedenkens zu diskutieren. Ob es dazu kommt und in wie dies aussehen kann, ist noch offen.

Anmerkungen:

- 1/ Josef Mötz/Hirtenberger AG: Hirtenberger AG – die ersten 150 Jahre. Festschrift anlässlich des Firmenjubiläums. Hirtenberg 2010, S. 21 und 23.
- 2/ Fritz Hanauska: Heimatbuch der Marktgemeinde Hirtenberg. Hirtenberg 1980, S. 214.
- 3/ Norbert Schausberger: Rüstung in Österreich 1938–1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien 1970, S. 47, 94, 125.
- 4/ Bertrand Perz: Hirtenberg, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4. München 2006, S. 382–384, hier S. 383.
- 5/ Schreiben Gustloff-Werke Hirtenberg an KL Ravensbrück betr. Häftlingseinsatz, 14.7.1944,

zit. nach Perz: Hirtenberg, S. 383. Trotz des Ansehens des Werksdirektors waren unter jenen Häftlingen, die als Sanitätspersonal eingesetzt wurden, drei als Jüdinnen kategorisierte Personen. Andreas Baumgartner: Die vergessenen Frauen von Mauthausen. Die weiblichen Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen und ihre Geschichte. Wien 1997, S. 223.

6/ Ebd., S. 112.

7/ Helga Amesberger/Brigitte Halbmayr: Weibliche Häftlinge im KZ Mauthausen und seinen Außenlagern. Teil B, Bericht. Wien 2010, S. 118f.

8/ Baumgartner: Frauen, S. 143 und 223.

9/ Florian Freund/Andreas Kranebitter: Zur quantitativen Dimension des Massensmords im KZ Mauthausen und den Außenlagern, in: Gedenkbuch für die Toten des KZ Mauthausen, hg.

vom Verein für Gedenken und Geschichtsforschung in österreichischen KZ-Gedenkstätten. Wien 2018, S. 56–67, hier S. 65.

10/ Amesberger/Halbmayr: Häftlinge.

11/ Auf dem Grabstein sind die beiden Frauen als „Stefan Rojic“ und „Hulja Wala“ verzeichnet. Der Name „Hulja Wala“ findet sich mit vertauschtem Vor- und Nachnamen auch im Totenbuch des KZ Mauthausen und wurde teilweise in der Literatur so übernommen, zumeist wird sie aber als „Hulja Walja“ angeführt. Diese Schreibweise bezieht sich auf die Angaben auf der Häftlings-Personalkarte („Walja Hulja“). Im Zuge der Recherchen der Gedenkstätte Mauthausen zur Erstellung des Gedenkbuchs und der namentlichen Erfassung der Deportierten des KZ Mauthausen konnte der Name Walentina Gulja eruiert werden.

12/ Totenschau-Protokolle der Gemeinde Hirtenberg, zit. nach Herbert Exenberger: Vergessene Opfer des NS-Regimes. Gedächtnisorte ohne Erinnerung, in: Heinz Arnberger/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.): Gedenken und Mahnen in Niederösterreich. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung. Wien 2011, S. 149–159, hier S. 151.

13/ Alexander Prenninger: Das letzte Lager. Evakuierungstransporte und Todesmärsche in der Endphase des KZ-Komplexes Mauthausen. Wien 2022, S. 216.

14/ Amesberger/Halbmayr: Häftlinge, S. 129f.

15/ Baumgartner: Frauen, S. 148.

16/ Mötz/Hirtenberger AG: Hirtenberger AG, S. 89.

17/ Ursula Prutsch: Wer war Fritz Mandl. Die



Die 2024 enthüllte „Außenlager-Stele Hirtenberg“

Biografie. Wien 2022, S. 262.

18/ Verena Haug: Staatstragende Lernorte. Zur gesellschaftlichen Rolle der NS-Gedenkstätten heute, in: Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hg.): Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt/M. 2019, S. 33–37.

19/ Michael Hollogschwandtner: Die Umgestaltung und Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Gusen, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 30. Jg (2023), Nr. 4, S. 20–22.

20/ Jetzt das richtige Tun. Für Österreich. Regierungsprogramm 2025–2029, S. 206.

21/ Verhandlungsprotokoll der FPÖ-ÖVP-Koalitionsgespräche, 4.2.2025, S. 9.

22/ Mauthausen Memorial: Enthüllung Außenlager-Stele Hirtenberg, 8.4.2024.

23/ Michael Ortner/Matthias Winterer: Das KZ, der Bürgermeister und die Millionen, in: *Wiener Zeitung*, 12.11.2024; Eva Konzett: Geschäftemacherei mit einem früheren KZ, in: *Falter*, 12.11.2024.

24/ Mauthausen Memorial: Keine Erinnerung an ehemaliges Frauen-KZ?, APA-OTS, 6.12.2024.

25/ Bundesdenkmalamt: Leobersdorf, Hirtenberg Weinberglager: Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter:innen und KZ-Häftlinge (Niederösterreich), in: <https://www.bda.gv.at/themen/aktuelles/2024-12-05-leobersdorf-weinberglagers-zwangsarbeit.html> [1.3.2025].

26/ AUGE Wien: Widerstand gegen den Ausverkauf des Frauen-KZ-Geländes!, 22.11.2024.

27/ Mauthausen Memorial: Keine Erinnerung an ehemaliges Frauen-KZ?

Das außergewöhnliche Tagebuch von Maurice Thorez

„Do. 11. [April 1963] Rückreise [aus Ungarn]: Wir essen in Wien beim ungarischen Minister Sebès zu Mittag. Wiener Neustadt, Semmering (787), Leoben, Schobert[sic]-Pass (849m), Liezen (Übernachtung).“ – Eigentlich wusste ich bisher fast nichts über Maurice Thorez. Gerne hätte ich früher davon erfahren, dass er 1963 in jenem Ort, in dem ich meine Kindheit verbracht habe, übernachtet hat. Womöglich im längst der Vergessenheit anheimgefallenen Gasthof Kink? Oder im Hotel Karow, das zwischen Bundesstraße und Bahnhof seit Jahren auf den Abriss wartet?

Seit den 1930er Jahren war Thorez jahrzehntelang Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) und mit Georgi Dimitroff und Palmiro Togliatti einer der führenden nichtsovjetschen Funktionäre der Kommunistischen Internationale bzw. der kommunistischen Weltbewegung. Ich hätte vielleicht nicht zu seinem nun auf Deutsch erschienenen fast 900 Seiten umfassenden Tagebuch gegriffen, wenn es nicht mit einer außergewöhnlichen Besonderheit verbunden wäre: Im Alter von 50 Jahren erlitt der im Jahr 1900 Geborene einen Schlaganfall, nach dem er halbseitig (rechts) gelähmt war. Fast zwei Jahre lang wurde er danach vorzugsweise in der Sowjetunion medizinisch betreut und durch verschiedene Therapien und Kuren (u.a. am Schwarzen Meer, samt Besuch von Stalin, oder in Abchasien) so weit wiederhergestellt, dass er 1952, wieder zurück in Frankreich, beschloss, ein Tagebuch zu führen. Mit der linken Hand schrieb der Rechtshänder beginnend mit dem 25. November – sich selbst diszipliniert therapierend – zunächst täglich einen einzigen kurzen Satz nieder.

Das Dutzend seiner letzten Lebensjahre, das das Tagebuch notizenhaft beschreibt, umfasst einen sowohl für die Weltpolitik als auch für den Kommunismus bedeutsamen Zeitraum. Es beinhaltet – nach einigen Jahren ausführlicher und schließlich auch mit der rechten Hand geschrieben – keine tiefschürfenden theoretischen Abhandlungen, allerdings streift es die gesamte Lebensrealität dieses bedeutsamen Franzosen.

Aufgewachsen in einer Bergarbeiterfamilie im nordfranzösischen Kohlebecken an der Grenze zu Belgien, begann Thorez nach dem Pflichtschul-

abschluss mit zwölf Jahren, am 17. Juli 1912, in der Sortieranlage von „Grube 4“ zu arbeiten. Unter anderem mit Ho Chi Minh war er nach dem Ersten Weltkrieg Mitbegründer der Kommunistischen Partei Frankreichs, wurde schnell als energischer, rhetorisch begabter Aktivist der Bergarbeitergewerkschaft bekannt und bereits 1924 in das Zentralkomitee und 1925 in das Politbüro der Partei gewählt.

Selbstständiger Denker und pragmatischer Politiker

Maurice Thorez war ab 1930 als Generalsekretär ein erfrischend selbstständiger Denker und pragmatischer Politiker, auch wenn dies auf den ersten Blick nicht so erscheinen mag – in der Öffentlichkeit war er als treuer Gefolgsmann Stalins und unbeirrbarer Verteidiger der Sowjetunion bekannt. Aber er war bereits in den 1920er Jahren ungeachtet harter Kritik an der Sozialistischen Partei ein Verfechter der Einheitsfrontpolitik. Entgegen manchen Strömungen in der Partei profilierte er sich als konsequenter Verfechter des Befreiungskampfes in den Kolonien, was ihm bereits 1929 die Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis einbrachte.

Später folgte er Chruschtschows Abrechnung mit Stalin zunächst distanziert, wiewohl er mit Elena Stassowa befreundet war, die 1948 wegen ihres Eintretens für den 1938 hingerichteten Nikolai Bucharin mit einer „strengen Parteirüge“ eine Zeit lang in der Versenkung verschwunden war und deren Wiederbegegnung er mit Freude registrierte. Chruschtschows Respekt sowie seiner für diesen sind dem Tagebuch zu entnehmen. Die Niederschlagung des Aufstands im Jahr 1956 in Ungarn verteidigte er – geopolitisch weniger abwegig als es heute erscheint – auch mit dem Hinweis auf den gleichzeitig begonnenen Krieg seines eigenen Landes (gemeinsam mit Großbritannien und Israel) gegen Ägypten wegen dessen Verstaatlichung des Suez-Kanals.

Zugleich hatte Thorez zum Weg Jugoslawiens oder zu jenem der Kommunistischen Partei Italiens bis zuletzt gravierende Einwände, mit denen er nicht hinter dem Berg hielt. Generell findet man im Tagebuch unzählige heute vergessene Einzelheiten und Fakten, die sowohl die Dialektik als auch die Vermischung von Geopolitik und kommunistischer

Weltbewegung belegen und wenig untersucht sind. Schließlich scheute er sich auch nicht, Friedrich Engels „falsche, preußisch-nationalistisch gefärbte Thesen“ zu unterstellen (Eintrag am 8. Juli 1962). Thorez nahm dabei auf Engels' Schrift „Der Magyarische Kampf“ (1849) Bezug, die er dahingehend interpretierte, dass Engels insbesondere den slawischen Völkern „jegliche Fähigkeit zur Weiterentwicklung absprach“.

Immer wieder flocht Thorez kurze Bemerkungen zu seinem Gesundheitszustand ein, z.B. am 9. Dezember 1953: „Zum ersten Mal halte ich beim Mittagessen die Gabel ausschließlich mit der rechten Hand“, oder am 8. November 1955: „halte meine erste öffentliche Rede“ und am 20. Februar 1956: „Ich schneide und feile mir die Fingernägel, an beiden Händen“. Am 12. September 1957 ist zu lesen: „Neue Fortschritte mit der Hand: Ich knöpfe meine Weste zu und auf.“ Auch erwähnt Thorez in diesem Zusammenhang bisweilen jene sowjetischen Ärzte, die ihn behandelt hatten und seinen Zustand auch gelegentlich überprüften: „Allgemeiner Zustand ausgezeichnet.“ (19. Juli 1955)

Familienmensch und Freundschaft mit Picasso

Manchmal spielt seine Gesundheit auch bei Notizen über die gemeinsamen Zeiten mit der Familie eine Rolle, etwa bei den ersten hundert Metern Schwimmen oder den sich steigernden Distanzen beim Spazieren und Wandern. Am 10. Mai 1930 hatte Thorez in Moskau die Textilarbeiterin Jeannette Vermeersch (1910–2001) kennengelernt; er notierte dieses Datum zum Jahrestag mehrmals, auch 30 Jahre später: „Es war Liebe auf den ersten Blick.“ Dasselbe gilt für den Jahrestag des Beginns ihres Zusammenlebens. Ab 1950 arbeitete Vermeersch als in Frankreich beliebtes und international geachtetes Mitglied des Politbüros der PCF. Konzerte, Kino, Ausstellungen und Ausflüge (meist kulturell, aber auch mehrmaliges Zelten!) prägten das Familienleben mit den gemeinsamen drei Söhnen, das eher mit Jeannette als mit diesen zu kurz kommt. Und darüber hinaus schenkte er – neben seiner Mutter – auch anderen Familienangehörigen Aufmerksamkeit und Zeit: Tanten, Onkeln, Cousins, Nichten...



Maurice Thorez (1900–1964)

Möglicherweise haben die gesundheitlichen Einschränkungen auch dazu beigetragen, dass seine Lektüre ungeheuer umfangreich erscheint. In der Sowjetunion hatte er in den Jahren 1939 bis 1944 Russisch gelernt und las bis an sein Lebensende Lenin im Original sowie Marx und Engels in russischer Übersetzung. Texte von Seneca, Tacitus oder Lukrez befeuerten seine Versuche, mithilfe eines Freundes Latein zu lernen, und bei seinen Lesenotizen finden sich unter anderem Werke von Spinoza, Diderot, Blanqui, Saint-Just, Plechanow, aber auch Goethe, Heine, Majakowski, Stefan Heym oder Teilhard de Chardin.

Dieses außergewöhnliche kulturelle, aber auch naturwissenschaftliche Interesse materialisierte sich nicht nur in der engen Beziehung zu Louis Aragon und dessen Frau Elsa Triolet oder dem Physiker und Nobelpreisträger Frédéric Joliot-Curie, sondern am deutlichsten in seiner Freundschaft mit Pablo Picasso. 1944 war dieser der PCF beigetreten, und das Tagebuch zeugt von einer gegenseitigen Wertschätzung, die ihresgleichen sucht. Unzählige Einladungen, Gegeneinladungen, Begegnungen bei gemeinsamen Essen im jeweiligen Zuhause sind mehrmals jährlich dokumentiert. „Giotto der erste, der den Raum <zeigte>“, notierte er beispielsweise am 19. März 1956 nach einem Besuch. Oder am 11. Dezember 1956: Picasso sei „zerknirscht“ gewesen, weil er einer Erklärung von Intellektuellen und Künstlern gegen die sowjetische Intervention in Ungarn die Zustimmung erteilte, die er „nicht gelesen“ habe.

Als Picasso nach dem Tod Stalins für die Sonderausgabe von „Les Lettres Françaises“ ein Portrait des jungen Dschughaschwili zeichnete, führte das

zu Protesten von kommunistischen Funktionären sowohl in Frankreich als auch in der Sowjetunion und darüber hinaus: „Unheroisch“ und „unangemessen“ waren noch die glimpflichsten Verwünschungen. Thorez verteidigte Picasso und schlichtete. Eine vergleichbare Rolle spielte er, als mit seiner und Jeannettes Hilfe eine Ausstellung von Werken seines 1955 verstorbenen Malerfreundes Fernand Léger in Moskau eröffnet werden konnte. Lautstarke Dogmatiker eines angeblichen „Sozialistischen Realismus“ waren empört. Auch in der Auseinandersetzung mit der KP Chinas und dem frankophilen Enver Hoxha Albaniens setzte er bis zuletzt auf Verständnis und Vermittlung, bis er letztlich gegen den „Polyzentrismus“ die sowjetische Position verteidigte.

Konsequenter Antikolonialist

Das alles findet insbesondere ab Mitte der 1950er Jahre vor dem Hintergrund der Zuspitzung des Algerienkrieges statt. Nur wenige Kundige außerhalb Frankreichs oder Algeriens dürften eine Ahnung vom politischen Klima und den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frankreich haben. Beschlagnahmungen der Parteizeitung „Humanité“ und anderer nicht nur kommunistischer Publikationen waren damals nichts Besonderes, Verhaftungen, Verurteilungen und selbst die Ermordung von friedlichen Manifestanten oder lediglich Oppositionellen eine Selbstverständlichkeit, und über Algerien selbst notierte Thorez mehr als fünf Jahre vor der Unabhängigkeit, am 7. Februar 1957: „Die Guillotine ist in Algerien ständig in Betrieb.“

Mit ähnlicher Eindeutigkeit positionierte sich Thorez gegenüber dem nachnazistischen Westdeutschland, beispielsweise zu den Verhandlungen über jene Verträge, die zur Gründung der heutigen EU führten. Am 22. Februar 1957 notiert er: „Die deutsche Regierung begrüßt den Entwurf eines Vertrags über ‚Eurafrika‘, der es ihr ermöglichen würde, von der Ausbeutung der afrikanischen Völker zu profitieren, die mit dem Blut junger Franzosen unter dem Kolonialjoch gehalten werden.“ Und Adenauers Protektion von Nazis für bedeutende Positionen skandalisierte er nicht nur im besonders abstoßenden Fall des Bundeswehrgenerals Hans Speidel, der ab 1940 in Paris als Stabschef für die Besatzer fungiert hatte und 1957 auf einen NATO-Posten gehievt wurde. Schließlich können heutige Kämpfer für das „Friedensprojekt EU“ dem Tagebuch

entnehmen, dass es US-Außenminister John Foster Dulles war, der 1953 die „Schaffung einer europäischen Armee“ forderte, was nicht nur bei der französischen KP „Erschütterung, und Empörung“ auslöste (15.12.1953).

Ende der 1950er Jahre versuchte Thorez, die Position des Generalsekretärs der Partei abzugeben, immer wurde er „gegen meinen Willen“ (20.3.1959) zum Bleiben überredet, auch weil er fraglos der in der Bevölkerung beliebteste Führer der PCF war. Erst zwei Monate vor seinem Tod setzte er sich durch. Thorez starb am 11. Juli 1964 während einer Schiffsreise in die Sowjetunion. Mehr als eine halbe Million Menschen wohnten in Paris seiner Beisetzung bei.

Die Herausgabe des 2020 in Frankreich erschienenen Tagebuchs ist ein besonderes verlegerisches Verdienst. Mehr als viele Elogien, Hymnen oder Analysen gibt es Zeugnis von den Leistungen nicht nur dieses dreieinhalb Jahrzehnte lang führenden Funktionärs, sondern des französischen Kommunismus und seiner internationalen Bedeutung. Leider ist die deutsche Ausgabe, die im CommPress-Verlag der DKP erschienen ist, mit kleineren Wermutstropfen verbunden. Die ausführlichen Anmerkungen für französische Leserinnen und Leser wurden lediglich übersetzt und nicht den Anforderungen des deutschsprachigen Publikums angepasst, was manchmal das Verständnis erschwert. Zudem sind einige nicht schlüssig; beispielweise wird die Ermordung Patrice Lumumbas 1961 fälschlicherweise lediglich dem imperialen Handlanger Tshombé zugeschrieben (S. 550). Die Abkürzungen werden zwar im gesamten Buch korrekt wiedergegeben, auch jene der kommunistischen Gewerkschaft CGT, nur justament die Kommunistische Partei Frankreichs firmiert durchgehend nicht mit der auch international gebräuchlichen Abkürzung PCF, sondern als FKP. Und schließlich könnten die Fotos und Zeitungsausschnitte eine interessante Ergänzung der Texte darstellen, ließe die Wiedergabequalität nicht derart zu wünschen übrig. Unabhängig davon stellt die Veröffentlichung dieses Tagebuchs auch in deutscher Sprache einen bedeutsamen Beitrag zum Verständnis des Kommunismus im 20. Jahrhundert dar.

KARL WIMMLER

*Maurice Thorez: Tagebuch 1952–1964. Essen: CommPress Verlag 2024 (UZ-Edition), 878 S., 35 Euro
Bestellmöglichkeit: www.uzshop.de*

Nils Klawitter: *Die kleine Sache Widerstand. Wie Melanie Berger den Nazis entkam.* Wien: Czernin Verlag 2024, 168 S., 22 Euro

Dieses Buch ist ein Ereignis, das bereits ehrfürchtig macht, bevor man daraus eine Seite gelesen hat. Es geht um Melanie Bergers Widerstandsgeschichte, die sie in zahlreichen Interviews dem Journalisten Nils Klawitter erzählte und die er im Anschluss daran zu Papier brachte. Aber es geht auch darum, und jetzt kommt das Ehrfurcht Erregende ins Spiel, unter welchen Umständen dieses lebensgeschichtliche Werk entstanden ist. Die 1921 in Wien geborene Melanie Berger-Volle (so ihr heutiger Name), mittlerweile im 104. Lebensjahr, begann Klawitter ihre Geschichte mitzuteilen, als sie kurz davor war, in ihr dreistelliges Lebensalter einzutreten. Sie ist vermutlich die letzte oder einer der letzten noch lebenden Résistancekämpferinnen. Sie zählt zu den rund 3.000 deutschsprachigen Mitgliedern des französischen Widerstands, deren Geschichten in den letzten Jahren zwar mehr Aufmerksamkeit erhalten haben, die aber insgesamt in vielen Aspekten noch weitgehend unbekannt sind. Es ist das besonders Wertvolle dieses Buches, ein weiteres Stück bemalte Leinwand dem Monumentalbild des Widerstandskampfes gegen den deutschen Faschismus hinzugefügt zu haben.

Als der Faschismus besiegt war, zählte Melanie Berger gerade einmal 23 Jahre und konnte bereits auf ein Leben zurückblicken, das voller Gewalt, Verzweiflung, Todesangst und Verlust Erfahrung war. Das Coverbild des Buches zeigt Berger 1946 in Marseille als eine selbstbewusste Frau, die entschlossenen Schrittes auf ein dem Betrachter unbekanntes Ziel zusteuert. Hinter ihr lagen zu diesem Zeitpunkt über zehn Jahre politischer Widerstand. An dieser Stelle werden sich manche LeserInnen wohl fragen, wie eine 23-Jährige bereits zehn Jahre politischen Widerstand leisten konnte. Womöglich bleiben manche auch beim Titel des Buches und dessen Formulierung „Die kleine Sache Widerstand“ hängen, waren doch zehn Jahre Widerstandshandeln gegen den Faschismus keine Kleinigkeit. Und schon taucht die Frage von Fremd- und Eigenwahrnehmung auf. Denn Melanie Berger hielt ihre Geschichte sehr lange für zu unbedeutend, als dass es sich gelohnt hätte, sie aufzuschreiben. Ihre Bescheidenheit ist beschämend, etwa wenn sie über sich sagt, dass sie ein „kleiner Tropfen“ in der

Welle des Widerstands gewesen sei. Möglicherweise hatte ihre Zurückhaltung auch mit ihrem zweiten Ehemann, dem Journalisten Lucien Volle, zu tun, der als Captain Lulu wichtige Operationen gegen die deutschen Besatzer leitete, wohingegen sie „nur“ Kurierdienste ausführte. So ist es das besondere Verdienst des Autors, Bergers Geschichte nun endlich erschlossen zu haben.

Melanie Berger war ein Kind des Roten Wiens, wo sie in einem sozialdemokratischen Elternhaus in einem Gemeindebau in der Wohlmutstraße im 2. Bezirk aufwuchs. Die jüdischen Wurzeln ihrer Familie hatten keine große Bedeutung für ihre Sozialisation, jedenfalls berichtet sie darüber nichts. Für sie wurde stattdessen der Wunsch nach Verteilungsgerechtigkeit zum zentralen Handlungsmotiv. Ihr Gerechtigkeits Sinn, der sie ein Leben lang antrieb, entstand in den Jahren des aufkommenden Austrofaschismus, dessen Ziel es war, die Umverteilung von unten nach oben zu verschärfen und die sich infolgedessen auftuenden politischen Kämpfe mittels eines autoritären Nationalismus abzuwürgen. Berger war ein aufgewecktes Kind, das sich nicht mit einfachen Antworten abspesen ließ, sondern den Dingen auf den Grund ging. Diese Eigenschaften sind es, die sie zum Widerstand bewegten. Am 12. Februar 1934, als sich die österreichische Arbeiterschaft gegen den Faschismus erhob, verteilte Melanie mit zwölf Jahren Butterbrote an Schutzbündler, die auf der Barrikade standen. Nach dem Aufstand verzierte sie mit Freunden die Mauern des 2. Bezirks mit Klebezetteln, die die Aufschrift „Nieder mit dem Austrofaschismus“ trugen. Ihr politisches Handeln nahm ihren Anfang. Über einen Jugendfreund, Peter Strasser, der nach 1945 Karriere in der SPÖ machte, wurde sie politisiert, und sie kam zu dieser Zeit auch mit kommunistischen Jugendlichen in Kontakt. Als sich während der Schauprozesse in Moskau eine kleine Gruppe mit der Bezeichnung *Revolutionäre Kommunisten Österreichs* (RKÖ) von der KPÖ abspaltete, schloss sich Melanie Berger dieser Gruppe an, die die Prozesse ablehnte und im Umfeld der trotzkistischen IV. Internationale ihr politisches Zuhause fand. Es sollte ihr Schicksal für die nächsten Jahre werden, als Exilantin zusammen mit ihren Gefährten durch Europa zu ziehen, immer auf der Flucht vor ihren Häschern und immer im Engagement gegen den Faschismus. Zunächst kämpfte die Gruppe im Untergrund in Österreich.



Melanie Berger 1946 in Marseille

Doch nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 wurde der Verfolgungsdruck zu groß, nahm doch die Gestapo die Gruppe schnell ins Visier. Mit 16 Jahren begab sich Berger auf einen kühnen aber riskanten Fluchtweg. Sie nutzte dabei den Umstand aus, dass Österreich nun ein Teil des Deutschen Reiches war und damit die Grenzkontrollen von Österreich nach Deutschland entfielen. So reiste sie unbehelligt durch Deutschland in Richtung belgischer Grenze. Von Aachen aus konnte sie mit Hilfe eines Schleppers, dessen Annäherungsversuche sie resolut zurückwies, nach Belgien entkommen. In Brüssel traf sie wieder die Wiener Freunde der *Revolutionären Jugend*. Nach einem längeren Aufenthalt in Antwerpen erreichte sie im Frühjahr 1939 ihr Ziel Frankreich.

Nach Kriegsbeginn wurde Melanie Berger von Paris nach Clermont-Ferrand ausgewiesen, wo sie bei einem Arzt eine Stelle als Dienstmädchen annahm. 1940 musste sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich in die unbesetzte Zone, das so genannten Vichy-Frankreich, fliehen, um sich dem Zugriff der Nazis zu entziehen. Durch eine Reihe von Zufällen konnten viele Mitglieder der RKÖ in Montauban bei Toulouse untertauchen. Dort war ein sozialistischer Bürgermeister im Amt, dessen Mitarbeiter Emigranten behilflich waren, eine Unterkunft zu finden. Sie erhielten ein Bauernhaus außerhalb von Montauban und konnten sich als *Revolutionäre Kommunisten* reorganisieren. Regelmäßig gaben sie Flugblätter und eine Zeitschrift heraus. Da sie kein Vervielfältigungsgerät besaßen, tippte Melanie

die Vorlage in stundenlanger Arbeit bis zu 100 Mal auf einer Schreibmaschine ab, die zufällig in ihren Besitz gelangt war. Doch gelang es Melanie Berger auf Dauer nicht, ihre Tätigkeit geheim zu halten. Sie wurde im Jänner 1942 verhaftet und im Dezember dieses Jahres zu 15 Jahren Haft verurteilt. Aber auch in diesem Fall hatte sie Glück im Unglück. Berger entging der Auslieferung an die Gestapo und wurde zunächst in Toulouse und dann in Marseille eingesperrt. Ihr Fluchtversuch während der Festnahme scheiterte. Doch ihre Freunde konnten sie aufspüren und durch eine gewagte Aktion, an der vier Mitglieder der Gruppe teilnahmen, gelang es ihnen, Melanie aus dem Gefängnis zu befreien. Als deutsche Beamte bzw. als Rot-Kreuz-Schwester verkleidet gaben sie vor, Berger zu einem Verhör abholen zu wollen. Diese in mehreren Kapiteln dargestellten Geschehnisse gehören zu den beeindruckendsten Passagen des Buches. Bemerkenswert ist diese Darstellung auch deshalb, weil über erfolgreiche Gefängnisausbrüche deutscher EmigrantInnen in Frankreich wenig bekannt ist. Lediglich der Massenausbruch von 35 deutschen Kommunisten aus dem Geheimgefängnis in Castres im Jahr 1943 ist ausführlich dokumentiert. Dass der Autor die Verhaftungsszene an den Anfang seines Buches gestellt hat, unterstreicht die Bedeutung dieses Handlungsstrangs. Nach ihrer Flucht arbeitete Berger bis zur Befreiung von Paris als Kurierin für die Résistance.

An einer Stelle des Buches ist zu lesen, dass Melanie Berger ganz schwindlig wurde wegen der zahlreichen Zufälle und des Glücks, das so zuverlässig zu ihr zu kommen schien. Doch die Zeit des Widerstands ging trotz der vielen glücklichen Wendungen nicht spurlos an ihr vorbei. Sie erzählt, dass sie bis heute von den schmerzhaften Erinnerungen an ihr Widerstandshandeln verfolgt wird und lange gebraucht hat, um mit diesem Alpdruck zurechtzukommen. Nach der Befreiung 1945 versuchte sie, in ein bürgerliches Leben zurückzukehren. Sie pendelte zwischen Paris und Wien und verließ Österreich ein zweites Mal und dann für immer, als im Zuge der Restauration in den 1950er Jahren HeimkehrerInnen aus dem Exil als NestbeschmutzerInnen gelten. Sie fand schließlich in Frankreich ihr endgültiges Zuhause.

Dem Autor des Buches, der *Spiegel*-Journalist Nils Klawitter, ist mit diesem Werk etwas sehr Wichtiges gelungen, weil er eine Lebensgeschichte aus dem

antifaschistischen Widerstand erschlossen und damit vor dem Vergessen bewahrt hat. Er hat Melanie Berger über mehrere Jahre hinweg getroffen und ihre Erinnerungen durchforscht. Es gehört sehr viel Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen dazu, einen Menschen dazu zu bringen, so tief in sein Leben blicken zu lassen. Auf diese Weise ist es Klawitter gelungen, Bergers Geschichte sehr detailreich zu erzählen. Melanie Berger-Volle ist heute immer noch aktiv. Mit über einhundert Lebensjahren tritt sie als Zeitzeugin in der Gedenkstätte zur Erinnerung an die Widerstandskämpfer und Deportierten während des Zweiten Weltkriegs in Saint-Étienne auf, wo sie seit dem Tod ihres Mannes in einem Seniorenheim wohnt. Im Juni 2024 erregte Berger-Volle große mediale Aufmerksamkeit, als die 102-Jährige anlässlich der Olympischen Spiele die olympische Fackel ein Stück ihres Weges von Saint-Étienne in Richtung Paris trug. Wenn sie heute nach dem Grund ihrer Widerstandsarbeit gefragt wird, was sehr oft geschieht, dann gibt sie zur Antwort: „Nein sagen, wenn es ungerecht wird.“

STEFAN KRAUS

Besuch aus China. Dokumentarfilm, Österreich 2024, Regie: Paul Rosdy, 74 Minuten

Der Dokumentarfilm „Besuch aus China“ handelt im Wesentlichen von der Geschichte zweier Personen, die beide bittere Erfahrungen mit Krieg und Exil machen mussten: Ferdinand Adler und Mingliang Sheng. Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 waren die Westmächte nicht mehr bereit, jüdische oder links gesinnte Personen, die aus Österreich flüchten mussten, aufzunehmen. Noch war die NS-Vernichtungsmaschinerie nicht angelaufen, und



Ferdinand Adler in Shanghai

viele suchten verzweifelt nach Auswegen, da sie genau erkannten, was im Kommen war. Einer dieser Auswege war Shanghai, eine damals dreigeteilte Stadt: Neben der seit 1937 vom faschistischen Japan besetzten chinesischen Zone waren da auch die so genannte „Internationale Niederlassung“, ein Konglomerat aus der Kolonialzeit, da die Briten und Amerikaner sich bei der Aufteilung der Beute nicht einig geworden waren und ihre Geschäfte kurzerhand zusammenlegten, sowie die „Französische Konzession“, die sich in einem Anfall gallischen Nationalstolzes von der Internationalen Niederlassung abgespalten hatte. Nachdem die Internationale Niederlassung nicht ein direktes Kolonialgebiet eines anderen Staates, sondern – zumindest auf dem Papier – selbstverwaltet war, war die Einreise noch möglich, und so machten sich bis 1941 geschätzte 30.000 ÖsterreicherInnen und Deutsche auf den Weg, zunächst mit dem Schiff von Triest aus, nach Kriegsbeginn dann mit der Transsibirischen Eisenbahn.

Einer von ihnen war Ferdinand Adler (1903–1952), ein bekannter Geiger aus

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Dr. Sabine Fuchs (Schriftführerin), Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Michael Graber, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Mag. Michael Hollogschwandtner, Christian Kaserer BA, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Kropf, Mag. Robert Krotzer, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl, Mag. Dr. Peter März, Mag. Dr. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Univ.-Prof. Dr. Alfred J. Noll, Dr. Elke Renner (Vizepräsidentin), Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Wien. Er verlor keine Zeit und setzte seine Tätigkeit gleich nach seiner Ankunft in Shanghai fort, spielte als Solist und in Orchestern und wurde schnell zu einer lokalen Größe in der deutschsprachigen Exilgemeinde, die trotz widriger Umstände ein reges Kultur- und Geistesleben entwickelte. Er trat in Nachtclubs und Konzerthallen auf, gab nebenbei Privatunterricht und stellte sich mit der japanischen Marionettenregierung im besetzten China gut, da diese viel von der Musiktradition ihres deutschen Verbündeten hielt.

Nach Kriegsende engagierte sich Adler im Musikausbildungsprogramm der Republik China, das versuchte, in einem schwer gezeichneten und verarmten Land ein bisschen Normalität herzustellen. Zu seinen Schülern zählten unter anderem Mingliang Sheng und dessen Bruder. 1947 kehrte Adler nach Wien zurück, wo er seine Karriere fortsetzte und zum Kapellmeister des Staatsopernorchesters aufstieg. 1952 starb er unerwartet an den Folgen eines vermutlich stressbedingten Schlaganfalls. Seine Frau zog mit ihrer Tochter Christina nach Kufstein zu Verwandten.

Adlers Schüler Mingliang Sheng (1932–2023) musste 1937 mit seiner Familie vor dem durch die japanische Armee verübten Nanjing-Massaker flüchten. Als sein Vater starb, wurde er

als Waise in das staatliche Musikausbildungsprogramm aufgenommen, wo er Essen und ein Dach über dem Kopf erhielt. Als Instrument wurde ihm die Geige zugewiesen, obwohl er noch nie zuvor eine solche gesehen oder gehört hatte. Dennoch zeigte sich bald sein Talent, nach der Gründung der Volksrepublik China arbeitete er am Aufbau des Zentralen Philharmonischen Orchesters mit. In seiner mehr als 40-jährigen Laufbahn trug er wesentlich zur Schaffung des Musikwesens im Neuen China bei. Er starb 2023 an den Folgen einer Corona-Infektion.

Shengs Sohn, Fang Sheng, folgte aus Interesse an der Familiengeschichte den Spuren seines Vaters bis nach Kufstein, wo er auf Christina Adler traf. Mit diesem Treffen steigt der Film ein und schildert, zusammen mit Bildern und Aufnahmen aus der Vergangenheit, die Zusammenkunft und die gemeinsame Entdeckung und Aufarbeitung der geteilten Geschichte. Dabei ist er manchmal etwas langatmig, und aufgrund der Dreisprachigkeit (Deutsch, Englisch, Chinesisch) ist ihm phasenweise schwer zu folgen. Insgesamt ist der Film aber durchaus sehenswert und ein guter Beitrag zur Dokumentation der Geschichte des österreichischen Exils in Shanghai.

JONAS KRAFT

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Winfried R. Garscha, Michael Hollogschwandtner, Christian Kaserer, Jonas Kraft, Stefan Kraus, Manfred Mugrauer, Karl Wimmeler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

In eigener Sache

Die Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den unseren Aktivitäten und Publikationen interessiert sind, gesendet.

Aufgrund der gestiegenen Druckkosten und der höheren Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der Mitteilungen interessiert und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 6,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Sollten Sie Mitglied der AKG werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro. In diesem Fall bitte eine Nachricht an klahr.gesellschaft@aon.at mit dem Betreff „Mitgliedschaft“ senden.

Die KPÖ im Jahr der Befreiung



Vortrag von Dr. **Manfred Mugrauer** (Historiker)
Moderation: Martin Konecny (Bildungsreferent der KPÖ)

Mittwoch, **23. April 2025**, 19.00
Saal der KPÖ, **Drechslergasse 42, 1140 Wien**